

ein psychologisches Druckmittel sein, wenn ich so sagen darf. Es soll den neuen Mitgliedern nicht gesagt werden: Sie haben DM 10,- oder DM 20,- Beitrag zu zahlen, sondern es soll ihnen diese Staffel ausgehändigt werden, und dann sollen sie ihre Beiträge eintragen. Es ist heute so, daß in vielen Kreisverbänden Mitglieder mit einem Einkommen von über DM 2.000,- auf die Frage, was sie für einen Beitrag zahlen wollen, antworten: DM 2,- oder DM 3,-. Es gibt wenig Mitglieder, die von sich aus sagen, ich möchte DM 10,- oder DM 20,- bezahlen.

Man sollte also diese persönliche Einschätzung den Kreisverbänden abnehmen und tatsächlich eine solche Staffelung vorlegen, auch wenn sie in den Spitzenwerten höher geht, als das in manchen Fällen in der Praxis möglich ist.

Burgbacher: Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Ihnen zu danken, Herr Amrehn.

Adenauer: Wollen wir nicht zum Schluß kommen, meine Herren!

Burgbacher: Ich bitte Sie, die Sätze bei den höheren Einkommen zu belassen, weil sonst keine Relation gegeben ist.

Gurk: Wenn jemand DM 1.000,- brutto im Monat verdient, der bekommt vielleicht DM 800,- netto. Dem können Sie im Monat keine DM 10,- Parteibetrag abnehmen. Ich bitte Sie, unter diesem Gesichtspunkt das Ganze noch einmal zu überprüfen. Sie müssen die Nettoeinkommen einsetzen.

Adenauer: Ich darf feststellen, daß eben unsere Ablehnung des Vorschlages von Herrn Bundestagspräsidenten, sein Amt als Mitglied des Präsidiums zur Verfügung zu stellen, ernst gemeint war. (*Beifall.*) Damit wollen wir die Sitzung schließen.

16

Bonn, Donnerstag 4. Juni 1964

Sprecher: Adenauer, Adorno, Frau Brauksiepe, Dufhues, Erhard, Eitzel, Gradl, Gurk, Heck, Katzer, Kraske, Lücke, Scheufelen, Schmidt, Schröder, Frau Steinbiß, Stingl, Stoltenberg.

Kooptation zum Bundesvorstand. Vertretung der Frauen in der CDU. Bericht zur Lage (Adenauer). Verschiedenes. Benennung eines Vertreters der CDU im Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 12.30 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Wir sind sehr knapp mit der Zeit, weil im Bundestag etwa um halb zwölf Uhr eine Reihe dringender Abstimmungen sind. Herr Kollege Lücke wird gleich darüber sprechen.

Lassen Sie mich aber vorher ein Wort zur Erinnerung an Frau Luise Rehling sprechen. Frau Rehling, die gestern in ihrer Heimatstadt Hagen zu Grabe getragen worden ist, hat dem Bundesvorstand seit dem Jahre 1950 angehört. Sie war in vielem das Muster eines Mitgliedes der Christlich-Demokratischen Union. Sie war ein sehr treues, ein sehr zuverlässiges Mitglied. Sie hat die Interessen, die ihr besonders am Herzen lagen, insbesondere die Interessen der Frauen, überall, wo sie war, mit Erfolg wahrgenommen. Die große Beteiligung bei ihrer Beisetzung gestern in Hagen war ein Zeichen dafür, welch großen Ansehens sie sich allenthalben erfreute, und wir alle, die ihr näherstanden, haben den schmerzlichen Verlust eines guten und treuen Menschen tief empfunden. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. Ich danke Ihnen, meine Damen und meine Herren, daß Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

Ich möchte nun außerhalb der Tagesordnung Herrn Bundesminister Lücke das Wort geben.

Lücke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Um 11.30 Uhr erfolgt die 3. Lesung des Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften. Durch das Vorgehen unseres Parteifreundes Dr. Ilau¹ in der „Neuen Frankfurter Presse“ hat die Opposition Gelegenheit bekommen, eine große Debatte in der 3. Lesung dieser wichtigen Vorlage zu veranstalten. Die SPD bezweckt mit der Verzögerung der Verabschiedung dieser Vorlage, das Thema in die Nähe der Bundestagswahlen zu bringen. Es ist deshalb unerläßlich notwendig, daß die Bundestagsabgeordneten etwa um 11.15 Uhr zur Abstimmung in den Bundestag gehen. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, dem stattzugeben.

Adenauer: Wir hatten gehofft, daß wir in Ruhe eine Vorstandssitzung abhalten könnten. Wir werden in Zukunft dafür sorgen müssen, daß die Sitzungen des Bundesvorstandes in den sitzungsfreien Wochen des Bundestages stattfinden, damit wir uns auch wirklich unserer Aufgabe widmen können. Sie werden mit Herrn Minister Lücke und mit der Leitung der Bundestagsfraktion darin übereinstimmen, daß die Mitglieder des Bundestages aus unserem Kreise pünktlich zur Stelle sind und bis zum Schluß der Abstimmung dort bleiben. Wie ich gehört habe, müssen wir damit rechnen, daß bis 13.00 Uhr die Anwesenheit aller Mitglieder unserer Fraktion im Bundestag notwendig sein wird. Es fragt sich, was wir nun jetzt hier tun.

Ich würde vorschlagen, zunächst die dringlichsten und eiligsten Sachen zu erledigen und daß wir uns dann darüber klar werden, wie die Sache weitergehen soll. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Den Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht zur Lage, möchte ich vorläufig zurückstellen, weil wir noch dringendere Sachen zu erledigen haben. Ich möchte Ihnen

1 In der Vorlage: Imle. – Dr. Hans Lucas Ilau (1901–1974), Volkswirt; 1945–1947 Geschäftsführer der IHK Frankfurt, 1946–1950 MdL Hessen (FDP). Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 26. Mai 1964 „Mieter nur unzulänglich geschützt?“, dort wird Ilau fälschlicherweise als CDU-Vorstandsmitglied des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik erwähnt.

aber mit Rücksicht auf den Punkt 4 der Tagesordnung Kenntnis von einem Brief der Frauenvereinigung der CDU geben, die sich darüber beschwert hat, daß zu wenig Frauen in den Gremien der CDU vertreten seien.² Damit hat die Frauenvereinigung in der Tat einen wunden Punkt berührt. Wir werden wohl bei der Erledigung des Punktes 4 die Möglichkeit finden, diesen Wünschen gerecht zu werden.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir nunmehr zum Punkt 4 übergehen, weil wir erst dann zu Punkt 2 sprechen können, wenn die Kooptierung erfolgt ist, denn dadurch ist der Bundesvorstand rechtsfähig und aktionsfähig? Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind. Das Wort hat Herr Kollege Dufhues.

KOOPTATION ZUM BUNDESVORSTAND

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Zum Punkt 4 der Tagesordnung ist zunächst auszugehen von dem Ergebnis der Wahlen, die der Bundesparteiausschuß in seiner Sitzung am 26. Mai 1964 getätigt hat. Ich darf das Ergebnis noch einmal wiederholen, weil nicht alle Parteifreunde bis zum Schluß der Sitzung des Bundesparteiausschusses ausgehalten haben. Es sind durch den Parteiausschuß in den Vorstand gewählt worden: 1. Dr. Barzel, 2. Dr. Hellwig, 3. Dr. Rehling, 4. Etzel, 5. Dr. Gradl, 6. Dr. Stoltenberg, 7. Dr. G. Strecker, 8. Johannes Even, 9. Stingl, 10. Bauknecht, 11. Dr. Martin, 12. Dr. Dittmar, 13. Prof. Dr. Süsterhenn, 14. Dr. Schmidt.

Damit habe ich 14 Parteifreunde aufgezählt. Die Parteifreunde, die in der Liste unter der Nummer 15 und 16 aufgeführt sind, erhielten die gleiche Stimmenzahl, nämlich 59 Stimmen. Es sind die Parteifreunde von Heydebreck³ und Dr. Kohl⁴. Ich bitte nach einer alten Übung, die wir immer angewandt haben, zustimmend davon Kenntnis zu nehmen, daß mit Rücksicht auf den Tod von Frau Dr. Rehling diese beiden

2 Briefe an Bundesvorstand und an Adenauer in ACDP VII-001-024.

3 Claus-Joachim von Heydebreck (1906–1985), Rechtsanwalt; 1948–1955 Stadtrat in Glückstadt (CDU), 1954–1964 Mitglied des Kreistags Steinburg, 1958–1971 MdL Schleswig-Holstein, 1959–1964 Landtagspräsident, 1964–1971 Kultusminister.

4 Dr. Helmut Kohl (geb. 1930), 1946 Junge Union, 1947 CDU, 1954–1961 stv. Landesvorsitzender der JU Rheinland-Pfalz, 1955–1966 Mitglied des CDU-Landesvorstands Rheinland-Pfalz, 1959–1963 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Ludwigshafen, 1959–1976 MdL Rheinland-Pfalz (ab 1961 stv., 1963–1976 Fraktionsvorsitzender), 1960–1970 Stadtrat in Ludwigshafen, 1966–1974 Vorsitzender des LV Rheinland-Pfalz, 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1969 stv., 1973–1998 Vorsitzender der CDU, seit 1976 MdB (1976–1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1982–1998 Bundeskanzler. – Werner FILMER/Heribert SCHWAN: Helmut Kohl. 4. Aufl. Düsseldorf 1990; Bernhard VOGEL (Hg.): Das Phänomen. Helmut Kohl im Urteil der Presse 1960–1990. Stuttgart 1990; Peter HINTZE/Gerd LANGGUTH (Hg.): Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993. Stuttgart 1993; Klaus DREHER: Helmut Kohl. Leben mit Macht. Stuttgart 1998; Jürgen BUSCHE: Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs. Berlin 1998.

Parteifreunde als in den Vorstand gewählt gelten, so daß also Herr von Heydebreck wie Herr Dr. Kohl damit zu den 15 durch den Bundesparteiausschuß in den Vorstand gewählten Parteifreunden gehören.

Nach den Statuten haben wir das Recht, und wir sollten davon Gebrauch machen, drei Parteifreunde in den Vorstand zu kooptieren. Bei der letzten Kooptierung sind die Parteifreunde Frau Dr. Strecker, Dr. Dittmar und Kraft kooptiert worden. Soweit es sich um Frau Dr. Strecker und Dr. Dittmar handelt, kommt eine Kooptierung nicht mehr in Betracht, da sie bereits unmittelbar durch den Parteiausschuß in den Vorstand gewählt worden sind. Es bleibt also die Frage, wer in den Vorstand kooptiert werden soll.

Dabei steht im Vordergrund die Behandlung – Punkt 2 der Tagesordnung – des von der Vorsitzenden der Frauenvereinigung mit Recht erhobenen Einwandes, daß die Frauen bisher zu wenig in den Gremien der Partei, auch der Bundespartei, berücksichtigt worden seien. Verstärkt wird dieses Argument durch den schmerzlichen Verlust von Frau Dr. Rehling, die in den Vorstand gewählt wurde, aber wenige Tage nach der Wahl von uns gegangen ist. Deshalb halte ich es nicht nur für ein Gebot der Loyalität und der Vernunft, sondern auch für eine ganz dringende Notwendigkeit, daß von den drei zu kooptierenden Mitgliedern des Vorstandes zwei auf die Frauen entfallen. Nach Abstimmung mit der Vorsitzenden der Frauenvereinigung⁵ darf ich Ihnen vorschlagen – das entspricht auch der Auffassung des Herrn Bundesvorsitzenden –, in den Vorstand zu kooptieren: Frau Becker-Döring⁶, die bei der Verbraucher-Organisation und bei den berufstätigen Frauen eine besondere Rolle spielt und Frau Pieser⁷, die von Berlin benannt worden ist und sicherlich eine Bereicherung für das Gremium darstellen würde. Vielleicht können die Damen der Frauenvereinigung den Vorschlag noch näher begründen.

Die Wahl des dritten zu kooptierenden Mitgliedes wird sicherlich größere Kopfschmerzen auslösen, zumal dazu mehrere Vorschläge vorliegen. Soweit es sich um die Wahl der Herren von Heydebreck und Dr. Kohl handelt, ist die Diskussion erledigt. Ich verweise auf das, weil einige von Ihnen später gekommen sind, was ich einleitend gesagt habe.

⁵ Aenne Brauksiepe.

⁶ Dr. Ilse Becker-Döring (geb. 1912), Rechtsanwältin und Notarin; 1961–1972 Stadtrat in Braunschweig (CDU), 1966–1972 Erste Bürgermeisterin, 1970–1978 MdL Niedersachsen, 1968–1988 Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU, Vorsitzende der Frauenvereinigung Niedersachsen.

⁷ In der Vorlage: Pesa. – Lieselotte Pieser (geb. 1917), Diplomvolkswirtin; 1945 CDU Sachsen, 1946–1949 Mitglied des Kreistages Pirna, Mitglied des Landesvorstandes Berlin, 1964–1967 Bundesvorstandsmitglied der CDU, 1968–1980 MdB (1969–1976 Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes), 1969 stv. Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU.

Zur Kooptierung ist vorgeschlagen worden: Herr Russe durch die Sozialausschüsse. Außerdem ist in Erwägung gezogen worden, Herrn Hellwege in den Vorstand zu kooptieren, und zwar ist hierbei der Gedanke aufgetaucht, daß er durch seine Popularität in Niedersachsen ein Gewinn für die CDU sein könnte. Ich persönlich meine, daß wir ernsthaft in Erwägung ziehen sollten – ich habe darüber bereits mit dem Herrn Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer gesprochen –, den Herrn Kultusminister Professor Dr. Mikat in den Vorstand zu kooptieren. Ich möchte das mit einigen Sätzen begründen. Als Mitglieder, die besonders im Bereich der Kulturpolitik wirken, gehören dem Vorstand an unsere Freunde Dr. Martin, Dr. Stoltenberg und Kultusminister von Heydebreck. Ich halte es für ein Gebot der Klugheit und des Ausgleichs, auch unter dem Gesichtspunkt der Konfessionen – ich bitte um Nachsicht, daß ich dies zu dem empfindlichen Bereich der Kulturpolitik sage, sonst scheue ich mich, dieses Argument vorzutragen – die Zahl der im Bereich der Kulturpolitik tätigen Parteifreunde zu ergänzen und zu verstärken. Hinzu kommt, daß Professor Dr. Mikat Vorsitzender des politischen Ausschusses der katholischen Verbände ist.

Hier ist eine Aufgabe wahrzunehmen, deren Vernachlässigung sich in den vergangenen Jahren bitter gerächt hat. Ich verweise auf die Tagung in München.⁸ Wir haben alle Veranlassung, unser Verhältnis zu den katholischen Verbänden zu intensivieren. Unsere Parteifreunde Dr. Kohl und Dr. Barzel haben alles Menschenmögliche getan, aber sie sind durch ihre Ämter sehr stark in Anspruch genommen.

Wir können aber gerade diese Position nicht hinreichend genug verstärken. Ich bitte Sie also, mir die offene Darlegung meines Standpunktes nachzusehen. Ich halte es für richtig, die beiden Damen Pieser und Becker-Döring und Herrn Kultusminister Professor Dr. Mikat in den Bundesvorstand zu kooptieren. Die Sozialausschüsse werden einwenden, daß von ihnen früher eine größere Zahl von Mitgliedern dem Bundesvorstand angehört hätten. Ich bitte darauf hinweisen zu dürfen, daß wir nun Herrn Stingl im Vorstand haben, der ihm früher nicht angehörte. Er ist sicher eine Bereicherung der Herren, die sich in besonderer Weise der Sozialpolitik verpflichtet fühlen. Das wird Herrn Stingl sicher vorbehaltlos eingeräumt. Ich wäre Ihnen nun dankbar, wenn Sie Ihre Wahl unter diesen Gesichtspunkten trafen.

Ich bitte nunmehr um Wortmeldungen zur Wahl der in den Vorstand zu kooptierenden Mitglieder.

Adenauer: Darf ich zunächst eine geschäftsordnungsmäßige Mitteilung machen! Es wird eben von der Bundestagsfraktion mitgeteilt, daß die Anwesenheit der Mitglieder des Vorstandes im Bundestag heute vormittag nicht erforderlich sei – es ist keine Disqualifizierung der Mitglieder –, weil zuerst über das 131er-Gesetz gesprochen

⁸ Tagung der Katholischen Akademie in Bayern am 11./12. Januar 1958 in München (AdG 1958 S. 6849 f.). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 73 Anm. 46; Druck der Referate in: Adolf ARNDT (Mitarb.): Christentum und demokratischer Sozialismus (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern 3). München 1958.

wird und die mietrechtlichen Vorschriften erst am Nachmittag behandelt werden.⁹ Ja, meine Damen und Herren, auch hier geht es rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln! (*Bewegung und Heiterkeit.*) Kartoffeln sind sehr vitaminreich. Hier darf ich einen Vorstoß in die neuere Medizin machen. Es wird dringend empfohlen, möglichst viel von rohen Kartoffeln zu essen, weil sie sehr viele Vitamine enthalten. (*Stingl: Jetzt kennen wir endlich das biologische Wunder.*) Herr Stingl! Vitamine kann jedes Mitglied des Bundesvorstandes gebrauchen. (*Heiterkeit.*)

Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Diskussion zu teilen und daß wir zunächst über die beiden Frauen sprechen. Ich hoffe, daß wir damit sehr schnell fertig sind, und zwar den Wünschen der Frauen entsprechend. Dann können wir uns über das dritte zu kooptierende Mitglied unterhalten. Frau Brauksiepe, wünschen Sie das Wort?

VERTRETUNG DER FRAUEN IN DER CDU

Brauksiepe: Wenn ich voraussetzen darf, daß man hier Ihrer ernstesten Aufforderung folgt, brauche ich nicht viel zu ergänzen. Wir stellen mit Dank fest, daß hier die Bereitschaft, die Frauen mit hineinzunehmen, vorhanden ist, aber wir sagen mit der ganzen Beunruhigung, die uns erfüllt, daß die Zahl der Wählerinnen in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen ist und daß wir, wenn wir zu einer vollen Wahlbeteiligung kommen wollen, in den kommenden Monaten eine unerhört große Anstrengung machen müssen, vor allen Dingen bei den Berufsverbänden der Frauen viel stärker als bisher für uns zu werben.

Sie wissen, daß fast zehn Millionen Frauen erwerbstätig sind. Das bedeutet für die Meinungsbildung draußen unerhört viel. Das ist um so wichtiger, als bisher die Zahl der Frauen bei uns so kläglich war, daß man auf Bundesparteitagen sehr häufig die Journalisten sagen hörte, die Frauen hätten bei der CDU den Seltenheitswert von Briefmarken, weil man unter Hunderten von Männern immer nur ein paar Frauen sehe. Es ist zu bedenken, daß wir nur 19 Frauen im Bundestag und 33 in den Landtagen haben.

Es ist so, je mehr wir den Frauen zutrauen, um so besser ist es und um so mehr sind sie auch bereit zur Mitarbeit. Ich wollte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um auf diese sehr wichtige Angelegenheit hinzuweisen.

Adenauer: Frau Brauksiepe! Sind Sie mit den beiden vorgeschlagenen Frauen einverstanden? (*Brauksiepe:* Ja!) Ich befürworte sehr, mehr Frauen in die Gremien zu wählen, ich muß allerdings darauf aufmerksam machen, das hat sich herausgestellt, daß im allgemeinen die Frauen lieber die Männer wählen, so daß es schwer ist, die Frauen dazu zu bewegen, Frauen zu wählen. Das ist eine Tatsache, die man natürlich

⁹ Beratung des Schlußgesetzes zum Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen (Sten.Ber. 4. WP Bd. 55 S. 6187–6208) und des Zweiten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften (EBD. S. 6208–6223).

berücksichtigen muß, und zwar ganz allgemein gesprochen. Ich meine aber, daß es notwendig ist, bei der Bundestagswahl die Frauen in der allgemeinen Liste unterzubringen. (*Steinbiß*¹⁰: Ich darf darauf hinweisen, daß es mir gelungen ist, in meinem Kreis das Frauenmandat der SPD abzunehmen.) Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, Frau Steinbiß! Ich darf also feststellen, daß die beiden vorgeschlagenen Damen gewählt worden sind.

Wir kommen jetzt zur Kooptierung des dritten Mitgliedes. Darf ich um Wortmeldungen bitten.

Katzer: Ich würde es dankbar begrüßen, wenn der Vorstand den Kollegen Russe kooptiert. Das letzte Mal wurde Dr. Dittmar kooptiert; er ist aber diesmal direkt gewählt worden. Nun sähen wir es noch gern, wenn Herr Russe, der lange Jahre hindurch die Bildungsarbeit im Stegerwaldhaus geleitet hat, in den Vorstand kooptiert würde.

Adenauer: Ich meine, wir müssen den Herrn Kollegen Katzer doch bitten, auch für seine Gefolgschaft hier das größere Interesse zu beachten, das ganz sicher dafür spricht, daß wir Herrn Mikat wählen. Ich bitte Sie, wenn Herr Mikat hier die Mehrheit bekommt, darin nun nicht etwa eine Verkennung derjenigen Ziele zu sehen, die Sie insbesondere verfolgen, sondern daß wir damit den allgemeinen höheren Zielen den Vorzug geben.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für Herrn Mikat sind, eine Hand zu erheben. – Das ist die große Mehrheit. Wir brauchen das nicht durch eine weitere Abstimmung festzustellen.

Meine Herren vom Fernsehen! Es wäre nett, wenn Sie jetzt, wenn ich gerade spreche, etwas weggingen, nachher können Sie mich so viel fotografieren, wie Sie wollen.

Meine Damen und Herren, damit Sie das verstehen: Das ist das Fernsehen, das ich nicht bestellt habe, das aber da ist und das wohl bestellt worden ist, weil von diesen Aufnahmen ein allgemeiner CDU-Film gemacht werden soll.¹¹ Es ist aber ein stummer Film. Es wird nicht gesprochen, so daß wir bei dem, was wir sprechen, keine besondere Rücksicht zu nehmen brauchen, wohl aber darauf, wie wir aussehen. (*Lebhafte Heiterkeit*. – *Zuruf*: Es wird geschwiegen! – *Adorno*: „Das Schweigen!“¹² – *Heiterkeit*.) Inzwischen heiße ich Herrn Bundeskanzler Erhard herzlich bei uns willkommen. (*Lebhafter Beifall*.) Wir haben nun die Punkte 2 und 4 der Tagesordnung besprochen und kommen jetzt zum Punkt 1.

10 Dr. Viktoria Steinbiß (1892–1971), Ärztin; 1946–1947 MdL NW (CDU), 1949–1961 MdB.

11 „Zentren der Macht“. Teil 5: „Die Koalition“. Autor: Max H. Rehbein. Am 14. August 1964 vom Norddeutschen Rundfunk ausgestrahlt. Vgl. auch Vermerk Kraskes an Adenauer vom 4. Juni 1964: Filmaufnahmen durch Herrn Rehbein vom Deutschen Fernsehen zu Beginn der Sitzung für einen Film über die CDU (ACDP VII-001-024).

12 Anspielung auf den umstrittenen Film des Regisseurs Ingmar Bergmann.

BERICHT ZUR LAGE

Hier darf ich zunächst folgendes sagen: Lesen Sie aufmerksam die Berichte, die über den Parteitag der FDP in Duisburg¹³ erschienen sind. Es hat keinen Zweck, daß wir uns hier lange in das vertiefen, was dort gesagt worden ist, denn immerhin ist die FDP unser Koalitionspartner. Große Lobspprüche werden wir ihr nicht aussprechen können, aber wir sollten uns auch nicht in Tadeln ergehen, sondern die Dinge weiter ruhig ihren Lauf nehmen lassen. Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben.

Nach alledem, was ich in den vergangenen Jahren erfahren und mitgemacht habe, hat es draußen nicht gut gewirkt, wenn eine Partei offiziell auf einer solch großen Versammlung auf dem Gebiet der Außenpolitik tätig wurde. Es wird dann leicht dieses oder jenes Wort gesprochen, was bei der Situation in der Welt einer Mißdeutung im Ausland ausgesetzt ist. Diese ganze Situation ist für uns Deutsche nicht so, daß wir uns dieser Gefahr aussetzen können. Über die Interna der FDP brauchen wir uns auch nicht zu verbreiten. Das ist ihre eigene Sache. Nur haben wir den einen dringenden Wunsch, daß bis zum Schluß dieser Legislaturperiode des Bundestages die FDP ein funktionierender Koalitionspartner ist; denn das ist eine dringende Notwendigkeit.

Eine zweite Frage, meine lieben Parteifreunde, möchte ich ebenfalls nur mit größter Zurückhaltung und Diskretion behandelt wissen, nämlich die Wahl des Bundespräsidenten. Sie wissen ja, wie die Sache liegt. Ich habe als Vorsitzender der stärksten Partei vor einer Anzahl von Wochen die anderen Parteien zu einer ersten Besprechung eingeladen. Hierbei waren zugegen von der SPD die Herren Erler und Wehner. Herr Erler hat zuerst die Frage gestellt, ob es sich bei dieser Angelegenheit um eine Koalitionsfrage zwischen der CDU/CSU und der FDP handle. Wir haben diese Frage, wie das in der Natur der Sache lag, mit Nein beantworten können. Daraufhin haben sich die Herren Erler und Wehner bereit erklärt, an den Besprechungen teilzunehmen.

Bei dieser Besprechung waren anwesend von der FDP die Herren Mende und von Kühlmann-Stumm. Die Herren Erler und Wehner erklärten, aber nur für ihre Person, daß sie ihre Parteigremien noch nicht hätten fragen können, ob sie für die Wiederwahl des gegenwärtigen Bundespräsidenten, unseren Parteifreund Lübke, seien. Herr Mende erklärte, die FDP habe in der Bundesversammlung zwischen 120 und 130 Stimmen. Hiervon wären nach seiner Schätzung etwa 30 Stimmen nicht für Herrn Lübke, die anderen aber für ihn. Wir haben uns, wie sie wissen, für Herrn Lübke erklärt. So sind wir auseinander gegangen.¹⁴

13 15. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 1. bis 3. Juni 1964 in Duisburg (AdG 1964 S. 11269 f.).

14 Zu den Besprechungen vom 21. Januar und 29. Mai 1964 vgl. MENDE: Wende S. 128–130; MORSEY: Lübke S. 396–401.

Ich habe dann nach einiger Zeit eine neue Sitzung einberufen, in der die Herren, die ich eben genannt habe, anwesend waren. Hinzu kam der der FDP angehörende Innenminister von Nordrhein-Westfalen Weyer. Nunmehr erklärte Herr Mende, er könne das, was er damals gesagt habe, nicht länger aufrechterhalten. Es habe sich in seiner Partei herausgestellt, daß man dort anders dächte, als er angenommen habe. Es würden nämlich bei der Wahl etwa 30 Stimmen der FDP für Herrn Lübke abgegeben werden, die anderen Stimmen aber nicht. Die Herren Erler und Wehner blieben bei dem, was sie in der ersten Besprechung gesagt hatten. Wir blieben selbstverständlich auch dabei.

Dann kam eine größere Pause; das hing zusammen mit Pfingsten. Die Pfingstzeit ist offenbar auch die gegebene Zeit für eine Reihe von Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen, um große Reisen zu machen. Es tut sich also vor und nach Pfingsten parteipolitisch nichts. Dann hat Herr Mende mich durch einen Brief gebeten – ich war auch nicht da –, bald nach meiner Rückkehr dasselbe Gremium wieder einzuladen.¹⁵

Es hat nunmehr eine Besprechung stattgefunden, bei der die Herren Brandt, Erler und Wehner von der SPD und die Herren Weyer, Mende und von Kühlmann-Stumm von der FDP zugegen waren. Zu unserer großen Überraschung – denn zwei Tage vorher hatten die Nachrichten aus der FDP noch anders gelaute – erklärte Herr Mende, daß sie bereit seien, mit der CDU/CSU über einen Kandidaten zu sprechen, daß sie aber eventuell einen eigenen Kandidaten aufstellen würden, – was sie in der Zwischenzeit auch in der Person des Herrn Bucher¹⁶ getan haben.

Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie sich am Samstag dieser Woche mit der Frage in der Partei beschäftigen würden. Was dabei herauskommt, wissen wir nicht. Man soll auch nicht prophezeien, aber ganz objektiv betrachtet, muß man feststellen, dadurch, daß die FDP Herrn Bucher als Kandidaten aufgestellt hat, wissen wir nicht, ob die Sozialdemokraten auch einen eigenen Kandidaten aufstellen oder nicht.

Sie hatten zuerst erklärt, sie seien dafür, daß alle drei Parteien gemeinsam handelten, und zwar im Interesse dieses hohen Amtes, das es zu besetzen gelte. Nachdem nun aber die FDP dazu übergegangen ist, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wissen wir nicht, was die SPD tun wird. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, sich heute mit dem zu begnügen, was ich Ihnen vorgetragen habe. Wenn Sie in tatsächlicher Beziehung eine Ergänzung wünschen, stehe ich gerne zur Verfügung. Wir können aber zu der ganzen Frage erst dann Stellung nehmen, wenn wir wissen, was die Sozialdemokratie tun wird. Das aber werden wir vor nächsten Samstag nicht wissen.

¹⁵ Urlaub vom 12. April bis 12. Mai 1964 in Cadenabbia (BUCHSTAB: Cadenabbia S. 69). Einladung Adenauers vom 23. Mai 1964 zu einer Besprechung am 29. Mai zwischen CDU/CSU, SPD und FDP (ACDP I-269-066, vgl. FDP-Bundesvorstand S. 588, 590 f., 596 f.).

¹⁶ Dr. Ewald Bucher (1914–1991), 1953–1969 MdB (FDP), 1962–1965 Bundesminister der Justiz. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 892 Anm. 84. Erinnerungen in: ABGEORDNETE 7.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich in dem Bericht fortfahren, den ich Ihnen erstatten möchte.

Die Wahlvorbereitungen für die Bundestagswahl werden von außerordentlich großer Bedeutung sein. Ich habe von unserer Partei den Eindruck, daß sie die Bedeutung dieser Wahl und die Schwierigkeiten, die diese Wahl mit sich bringen wird, noch nicht erfaßt hat. Wir hatten vor kurzer Zeit eine Sitzung des Parteiausschusses, in der nur 50 % der Mitglieder anwesend waren.¹⁷ Dabei handelte es sich um die Frage der Wahl des Bundespräsidenten, also um eine eminent wichtige Frage, und zwar nicht nur vom deutschen, sondern auch vom parteipolitischen Standpunkt aus. Sie werden mit mir übereinstimmen, daß diese geringe Beteiligung erschütternd gewesen ist. Ich war eigentlich noch mehr erschüttet, als ich auf meine Frage, wann wir die nächste Sitzung abhalten sollen, die Antwort bekam, das hätte wohl Zeit bis zum Oktober. Ich habe den Herren gesagt, nach meiner Meinung hätte das nicht Zeit bis zum Oktober, sondern ich würde mit den Mitgliedern des Vorstandes und des Präsidiums darüber sprechen und, wenn irgend etwas eintritt, was von Bedeutung ist, würde ich früher als nach den großen Ferien den Parteiausschuß zusammenrufen. Ich betone nochmals, ich habe den Eindruck, als wenn in weiten Kreisen unserer Partei die Überzeugung noch nicht stark und noch nicht kräftig genug ist, daß es sich bei der Bundestagswahl des Jahres 1965 um einen erbitterten Kampf zwischen der SPD und uns handeln wird.

Meine Freunde! Was sich unsere Partei in der Vergangenheit an Verdiensten erworben hat, das gehört der Vergangenheit und damit der Geschichte an. Es ist nur wenig dazu angetan, bei der Wahl des Jahres 1965 die von uns zu erstrebende Mehrheit zu erreichen, weil erstens die Menschen sehr schnell vergessen, sowohl das Gute, wie das Schlechte, und zweitens die Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre unter Einfluß von Herrn Wehner ein Tarngewand angezogen hat, mit dem sie – das läßt sich nach meinen persönlichen Wahrnehmungen gar nicht bestreiten – auf manche Kreise Eindruck gemacht hat, die früher nie daran gedacht haben, die Sozialdemokratie zu wählen.

Die Situation der Wahl im Jahre 1965 ist also insoweit verschieden von der Situation in den vergangenen Wahljahren. Natürlich können sich bis zum Jahre 1965 auch auf außenpolitischem Gebiet Entwicklungen vollziehen, die einen scharfen Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und uns hervorrufen. Das kann, aber es braucht nicht zu sein. Wir werden deshalb in besonders starkem Maße diesmal die Wahl auf innenpolitische Vorgänge abstellen müssen und auf Haltungen, in denen zwischen der Sozialdemokratie und uns nach wie vor ein großer Gegensatz besteht. Das setzt aber voraus, daß im Bundestag, bis die Wahlkampagne in ihrer vollen Schärfe entbrennen wird, noch eine Reihe von Gesetzesvorlagen in unserem Sinn

17 Am 26. Mai 1964. Protokoll in ACDP VII-001-022/6.

erledigt werden, weil wir sonst nicht genügend Stoff und Material vor den Wählern ausbreiten können.

Daß die internen Vorbereitungen für die Wahl innerhalb unserer Partei sehr intensiv und sehr frühzeitig vorgenommen werden müssen, versteht sich für Sie, die Sie alle Politiker sind, eigentlich von selbst. Dafür wird auch gesorgt werden. Wir werden in einer späteren Sitzung des Vorstandes noch ausführlicher darüber zu sprechen haben.

Jetzt muß sich unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Arbeit des Bundestages konzentrieren. Ich weiß nicht, wieviel Sitzungstage der Bundestag bis zum Wahltermin noch hat. Die Kollegen aus dem Bundestag wissen es vielleicht genauer, aber es sind erschreckend wenige, weil nach den Dispositionen, die der Bundestag für seine Arbeit getroffen hat, sehr wenig Zeit für Plenarsitzungen übrigbleibt. Dazwischen schieben sich noch die Ausschußsitzungen. Bei den Ausschußsitzungen muß nach meiner Meinung mit aller Kraft von uns dafür gesorgt werden, daß viel konzentrierter gearbeitet wird und daß die manchmal endlosen Redereien dort aufhören. Ich möchte Sie deswegen bitten, mich zu bevollmächtigen, mit den leitenden Herren im Bundestag darüber zu sprechen. Unsere Freunde im Bundestag sind sich völlig klar darüber, aber es ist doch gut, wenn auch der Parteivorstand in dieselbe Linie einschwenkt. Ich möchte Sie nochmals bitten, die notwendigen Gesetzesvorlagen im Bundestag zu erledigen, ehe die Wahlkampagne in ihrer ganzen Schärfe beginnt.

Dabei sind wir natürlich in sehr vielen Fällen auf die Stimmen der FDP angewiesen. Wir sind zwar die stärkste Fraktion, aber wir haben keine Mehrheit. Deswegen habe ich Sie eingangs auch gebeten, diese Vorgänge auf dem Parteitag der FDP, über die man sehr wohl hätte sprechen können – ich will nicht sagen, mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zuzudecken –, hintanzustellen und sich damit weiter nicht aufzuhalten.

Über die Wahl in Baden-Württemberg werden uns die Herren von dort gleich referieren. Es war die letzte große Landtagswahl vor der Bundestagswahl.¹⁸ Es folgt nur noch die Wahl im Saargebiet.¹⁹ Die Wahl in Baden-Württemberg hat einen ausgezeichneten Erfolg gehabt. Wir werden gleich darüber zu sprechen haben, inwiefern diese Wahl in Baden-Württemberg uns Fingerzeige gibt für die Bundestagswahl 1965 und inwiefern nicht. Das Wort hat Herr Dr. Scheufelen.

Scheufelen: Das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg war wesentlich besser, als wir es erwartet hatten. Es war die beste Kommunalwahl überhaupt, die wir bisher hatten. Allerdings hatte das EMNID-Institut durch eine Umfrage im Herbst des Jahres 1963 das Wahlergebnis ziemlich präzise vorausgesagt. Eine Umfrage

18 Am 26. April 1964: CDU 46,2 % (1960: 39,5 %), SPD 37,3 % (35,3 %), FDP/DVP 13,1 % (15,8 %), (BHE 6,6 %). Kurt Georg Kiesinger (CDU) bildete eine Regierung aus CDU und FDP/DVP. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,5 %. FISCHER 1 S. 111–113.

19 Am 27. Juni 1965.

von Allensbach hatte zunächst ein anderes Ergebnis gebracht.²⁰ (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Als dann aber bei dieser Umfrage die bundespolitischen Gesichtspunkte herausgenommen wurden, war das gleiche Ergebnis vorhanden. (*Anhaltende Unruhe.*) Das Ergebnis zeigt einen klaren Vorsprung der CDU mit einem Verlust der FDP und praktisch dem Verschwinden des BHE. (*Starke Unruhe.*) Unsere erste Aufgabe vor der Wahl war der Versuch, den BHE, der in Baden-Württemberg noch recht stark war – er war immer noch mit acht Abgeordneten im Landtag vertreten – möglichst weitgehend zur CDU herüberzuziehen. (*Anhaltend starke Unruhe.*)

Adenauer: Herr Scheufelen, darf ich Sie kurz unterbrechen. Meine Herren vom Fernsehen! Wen wollen Sie eigentlich fotografieren? Fotografieren Sie doch den Redner, aber statt dessen machen Sie die Lampen hinter seinem Rücken an! (*Heiterkeit und Bewegung.*)

Dufhues: Für die Wahl muß man leiden können, Herr Bundeskanzler! Hier wird ein Film gedreht „Zentren der Macht“, der über das gesamte deutsche Fernsehen geht. Machen Sie bitte einen sehr machtbewußten Eindruck, und opfern Sie sich für die CDU! Das ist notwendig, wenn man die Wahl gewinnen will.

Adenauer: Das ist keine Rechtfertigung für eine Entschuldigung. Auch wenn Sie in diesem Film nur Stumme sehen, sollten Sie doch die Redner aufs Korn nehmen. (*Anhaltende Unruhe. – Heiterkeit und Bewegung.*) Meine Herren! Sollen wir darüber abstimmen, ob die Redner fotografiert werden oder nicht! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich bin dafür – ich kann jetzt nichts machen –, daß die Massenmedien einmal eingeschränkt werden! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Scheufelen: Unser nächstes Problem war, die BHE-Wähler weitgehend zu uns herüberzuziehen. Wir durften aber nicht zu früh handeln, um nicht in den Ruf zu kommen, der Leichenfledderer des BHE zu sein. Auf der anderen Seite mußten wir die richtigen Leute bekommen, damit die Wähler auch mitgehen konnten. Nachdem einige BHE-Abgeordnete zur SPD übergetreten waren, haben wir dann auch einige der führenden BHE-Leute, vor allem den Staatssekretär Sepp Schwarz, für uns gewinnen können.

Nun konnten wir als erfreuliches Ergebnis dieser Wahl feststellen, daß ungefähr 80 % der BHE-Wähler CDU gewählt haben. Man kann das in den einzelnen Wahlkreisen genau nachweisen.

Die Sympathien waren an sich auf seiten der CDU, aber das allein genügte noch nicht, denn gerade bei Landtagswahlen haben wir in Baden-Württemberg unter einer

20 Eine EMNID-Umfrage (Motivationspsychologische Studie zur Landtagswahl 1964 in Baden-Württemberg, durchgeführt Oktober/November 1963) hatte folgendes Resultat: CDU 45,3 %, SPD 34,9 %, FDP 13,6 %. IfD-Bericht (Allensbach) Nr. 1108 vom Februar 1964: „Die Stimmung in Baden-Württemberg. Fünfzig Fragen über Politik und Lebensgefühl.“ Demnach erklärten sich im Dezember 1963 für die CDU 38 %, für die SPD 48 %, für die FDP 10 %, für sonstige Parteien 4 % (S. 12). Auswertung einer Repräsentativumfrage in Baden-Württemberg vom November 1963 in ACDP VII-004-131/2.

besonders geringen Wahlbeteiligung gelitten. Wir brauchten also den Wahlkampf nicht so sehr darauf abzustellen, neue Sympathien zu gewinnen, sondern wir mußten stärker das politische Interesse erwecken. Wenn man die Leute zur Wahl bekommen will, muß man also tatsächlich in der letzten Phase das Interesse gewissermaßen hochputschen und darf dann nicht mehr abfallen.

Infolgedessen haben wir unsere Plakatierung im wesentlichen in den letzten drei Wochen durchgeführt. Unsere Anzeigen haben wir konzentriert in den letzten zehn Tagen gemacht. Wir bekamen die Information, daß der Wahlkampf der SPD massiv gegen uns von der Zentrale in Bonn geleitet wurde. Die Leute in Stuttgart durften gar nichts machen. Da wir die Anzeigen so kurz vor der Wahl brachten, war die SPD in der letzten Woche nicht mehr in der Lage, darauf zu antworten. Wir haben also gewartet, bis die SPD nicht mehr antworten konnte. Wir haben den Wahlkampf präzise geführt.

Wir haben nicht allgemeine Wendungen gebraucht, sondern ganz klar gesagt, was wir geleistet haben und was wir leisten wollen. Wir haben vor allem die Personen in den Vordergrund gestellt, mit denen wir arbeiten wollen. Wir haben gesagt: Kiesinger wieder Ministerpräsident! – Das hat uns sicher sehr geholfen.

Der Wahlkampf der SPD dagegen war gespalten. Die ganze Schizophrenie der SPD trat im Wahlkampf in Erscheinung. Sie haben in der ersten Phase Kinder gezeigt, die zur Schule gehen, aber dann haben sie mit scharfen klassenkämpferischen Motiven und Neidkomplexen gearbeitet. Sie haben auch bis zum Schluß nicht gesagt, mit wem sie die Arbeit leisten wollen. Ich bin der Meinung, aufgrund dieser Erfahrungen wird es uns die SPD beim nächsten Bundestagswahlkampf nicht mehr so leicht machen, wie sie es uns in Baden-Württemberg gemacht hat.

Gegen die FDP haben wir im Wahlkampf nicht viel gesagt. Wir wollten die bisherigen FDP-Wähler nicht daran hindern, diesmal die CDU zu wählen. Hervorgehoben werden muß noch, daß die Versammlungen wieder eine ziemlich starke Bedeutung bekommen haben. Die Versammlungen waren sehr stark besucht, insbesondere dort, wo der Bundeskanzler gesprochen hat. Es hat sich aber gezeigt, daß es in den Großstädten schwierig ist, die Leute in die Versammlung zu bekommen. In Stuttgart haben wir z. B. in einer Versammlung 4.000 bis 5.000 Zuhörer gehabt, während im Umkreis von 20 km von Stuttgart in den Städten mit 20.000 Einwohnern die gleiche Anzahl von Leuten die Versammlungen besucht haben. Es ist erfreulich, daß wir in den Industriegebieten, vornehmlich in denen mit evangelischer Bevölkerung, an Stärke gewonnen haben.

Diese Gebiete waren für uns bisher nicht ansprechbar. Auf dieses Gebiet sollten wir bei zukünftigen Wahlkämpfen den Schwerpunkt legen. Hinsichtlich der Auswertung möchte ich die Wahlgebiete in drei Phasen aufteilen. Man kann von den ländlichen Gebieten, den industriellen Zuwachsgebieten und den industriellen Sättigungsgebieten sprechen, wie sie z. B. die Städte Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim darstellen. Es zeigt sich ganz klar, daß wir in den industriellen Zuwachsgebieten gut abgeschnitten haben. Wo große BHE-Reserven waren, hat sowohl die CDU wie

die SPD zugenommen. In den industriellen Sättigungsgebieten, also in Stuttgart, Böblingen, Sindelfingen, Göppingen, Heilbronn, Karlsruhe und Mannheim, hat die SPD zum Teil erheblich abgenommen.

Bei der FDP hat sich, was mich erstaunt hat, eine große Schwäche gezeigt. Ihr Verlust wäre noch größer gewesen, wenn sie nicht einige gute Lokalkandidaten, z. B. den Finanzminister Müller²¹ und die Oberbürgermeister von Heilbronn und Heidenheim herausgestellt hätte.²² Jedenfalls sind die Sympathien für die FDP als Partei viel geringer gewesen, als wir angenommen hatten.

Das gilt sogar für ihre Stammgebiete. Sie hat ihre maßgebenden Leute verloren. Professor Heuss ist gestorben, der Ministerpräsident Maier hat nicht mehr kandidiert. Im Wahlkreis Waiblingen II ist die FDP von 44,6 auf 26,4 % der Stimmen abgesunken, während die CDU gleichzeitig von 15,2 auf 33,2 % angestiegen ist. Wir hätten den Wahlkreis beinahe direkt gewonnen. Wir hatten uns aber auf den Wahlkreis Waiblingen I konzentriert. Bei einer größeren Widmung dieses Wahlkreises hätten wir sehr wahrscheinlich die noch fehlenden Stimmen bekommen.

Jedenfalls hat sich gezeigt, daß es sehr wichtig ist, die Bedeutung der Personen herauszustellen. Die FDP ist durch diesen Vorgang innerlich schwer angeschlagen. Auch Haußmann ist persönlich angeschlagen. Innerhalb der FDP-Fraktion mit 14 Mitgliedern sind acht neu. Ich muß aber zugeben, daß die FDP sich in der vergangenen Legislaturperiode als Koalitionspartner loyal benommen hat.

Adorno: Gestatten Sie mir einige kurze ergänzende Bemerkungen, und zwar zunächst die positiven. Ich meine, daß sich die Tatsache, daß nach der Landtagswahl 1960 die Allparteienregierung nicht fortgesetzt worden ist, für die CDU bei dieser Landtagswahl sehr gut bezahlt hat. Das gilt vor allem hinsichtlich der höheren Wahlbeteiligung, die im Jahre 1960 nur 59 % betragen hat. Zweitens hat sich für die CDU positiv ausgewirkt, daß die SPD es versäumt hat, eine Persönlichkeit herauszustellen, die sie als Ministerpräsident anzubieten hatte. Das Plakat „SPD vorn“ war nichts anderes als ein anonymes Plakat; denn niemand wußte, wer sich hinter diesem Plakat als Ministerpräsident für Baden-Württemberg bereithielt. Außerdem hat auch niemand ihr diesen Slogan „SPD vorn“ abgenommen. Jedenfalls war es psychologisch sehr ungeschickt.

Die Wahlversammlungen sollten vor allem in den ländlichen Gegenden noch mehr intensiviert werden, auch mit der Bundesprominenz. Es hat sich gezeigt – Sie selbst haben die Erfahrung gemacht, auch der Herr Bundeskanzler –, daß die Wahlversamm-

21 Dr. Hermann Müller (1913–1991), 1949–1956 Landrat in Schwäbisch Hall, 1956–1972 MdL Baden-Württemberg (FDP/DVP), 1960–1966 Finanzminister, 1966–1972 Vizepräsident des Landtags, 1967–1971 Vorsitzender der FDP Baden-Württemberg.

22 Paul Meyle (1900–1977), 1948–1967 Oberbürgermeister von Heilbronn (FDP), 1964–1968 MdL Baden-Württemberg. – Dr. Elmar Doch (1910–1971), Jurist; 1946–1954 Oberbürgermeister von Ludwigsburg (FDP), 1957–1969 von Heidenheim.

lungen in den kleineren und mittleren Städten mit einem großen Hinterland wesentlich besser besucht waren als z. B. – relativ gesehen – die Wahlversammlungen in Stuttgart. Ich denke an die Wahlversammlung in Ravensburg mit über 6.000 Menschen in der Oberschwabenhalle und die Wahlversammlung in Friedrichshafen mit über 2.000 Besuchern und mindestens ebenso viel[en] Zuhörer[n] draußen im Freien.²³

Wir sollten also die Wahlversammlungen draußen im Land noch stärker als bisher im Auge behalten. Der Zuwachs von 500.000 Stimmen für die CDU ist nicht nur auf den Zerfall des BHE und den Rückgang der FDP zurückzuführen, sondern auf den wesentlichen Zugang von Stimmen aus den Kreisen der Jung- und Neuwähler. Es ist der CDU gelungen, gerade die Jugendlichen bis zu 25 Jahren anzusprechen.

Interessant ist auch, daß diesmal die Frage der Konfession keine entscheidende Rolle gespielt hat. Wir haben z. B. in evangelischen Wahlkreisen einen wesentlich stärkeren Zuwachs für die CDU erringen können als in den traditionell katholischen Wahlkreisen. Das ist nach meiner Meinung zurückzuführen auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und – und das scheint mir noch gravierender zu sein – darauf, daß sich die Kirche mit der CDU nicht mehr so identifiziert, wie das früher der Fall gewesen ist, daß sie also den Wählern, vor allem in den ländlichen Gebieten, nicht mehr klar und eindeutig den Weg zur CDU gewiesen hat.

Eine Frage hat in allen Wahlversammlungen in der Diskussion eine beherrschende Rolle gespielt, nämlich die Steuerfreiheit für Mehrarbeit. Ich will mich dazu nicht äußern, denn ich weiß, wie schwierig die Frage ist. Ich wollte es aber nicht unerwähnt lassen, weil die meisten Diskussionsteilnehmer erklärt haben, sie seien gern bereit, einige Stunden in der Woche mehr zu arbeiten, wenn diese Arbeit nicht besteuert werde.

Adenauer: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Erhard: Ich kann zu diesem Thema nur das bestätigen, was hier gesagt worden ist. Ich weiß nicht, ob ich es in diesem Kreise schon gesagt habe: Wir gehen wirklich einer etwas veränderten Zeit entgegen; denn die Menschen werden, je nach dem, zu welcher Gruppe sie gehören, gewissermaßen [nicht] in eine Partei hineingeboren. Sie lassen sich auch nicht mehr so leicht gängeln, wie das früher der Fall war. Das gilt sowohl für die Sozialdemokratie als auch für unsere sogenannten angestammten Wähler.

Es tritt eine größere Freizügigkeit ein. Der einzelne entscheidet mehr für sich und ist mehr ansprechbar. Ich habe z. B. eine interessante Wahrnehmung in den Betrieben gemacht. In den Betrieben bis zu 5.000 Arbeitern war die Meinung vorherrschend – ich habe auch mit den Betriebsratsvorsitzenden gesprochen –, unsere Arbeiter wollen

23 Wahlkundgebung mit Adenauer am 4. April 1964 in Ravensburg, mit Erhard am 18. April 1964 in Friedrichshafen („Schwäbische Zeitung“ vom 20. April 1964).

mehr arbeiten; sie verlangen Überstunden. Wenn sie keine Überstunden machen dürfen, dann sagen sie: Was ist denn los, wir brauchen das Geld.

Auf der anderen Seite sagen mir die Vorstände, insbesondere bei den Großbetrieben, wie z. B. Daimler-Benz oder Bosch, es ist einfach bei uns nicht möglich, auch nur eine halbe Stunde mehr zu arbeiten, weil die Gewerkschaften die ganze Mannschaft beherrschen und weil sie sich querlegen und auf keinen Fall eine Mehrarbeit haben wollen.

Das ist nicht zuletzt ein Grund dafür, warum wir da gewonnen haben, weil die jungen Arbeiter sich nicht in dieser Weise bevormunden lassen wollen und nicht einfach für Parolen zugänglich sind. Ich halte es für den wesentlichsten Gewinn, daß wir in der Arbeiterschaft ein großes Reservoir ausgeschöpft haben. Wir mögen zwar da und dort etwas verlieren, aber es ist weit durch das überkompensiert, was uns hier noch offen steht. Es ist ein Neuland, das noch erschlossen werden muß.

Zu der Frage der Koalition muß ich sagen, daß in Baden-Württemberg immer eine Koalition mit der FDP verhältnismäßig leicht gewesen ist. Das hat funktioniert. Ich war mit Ihrem Ministerpräsident Kiesinger nach der Wahl darüber einig, man soll nicht den Sieg auskosten und den früheren Koalitionspartner nicht demütigen, sondern man soll etwas großzügig sein. Nicht zuletzt habe ich dabei an die Bundestagswahl des Jahres 1965 gedacht; denn so sehr wir uns alle dafür einsetzen müssen – und ich werde an der Spitze stehen –, so haben wir noch nicht den Garantieschein in der Tasche, daß wir die absolute Mehrheit bekommen werden. Wir brauchen ihn hoffentlich nicht, aber wir müssen mit einem Koalitionspartner rechnen. Daß wir mit der SPD nicht koalieren können, ist indirekt schon zum Ausdruck gekommen, wenn gesagt worden ist: Gerade die Konfrontation mit der SPD hat der CDU Stimmen eingebracht.

Also sollten wir uns das merken. Das ist eine schlechte Demokratie, wenn es keine echte Opposition mehr gibt und alles vermanscht wird und damit in der Bevölkerung der Eindruck entsteht: Jetzt sehen wir überhaupt nicht mehr durch, was oben geschieht. – Dafür gibt es keinen Zweifel.

Wenn ich mir nun den Parteitag der FDP ansehe, muß ich sagen, wenn die so weitermachen, wächst uns ganz automatisch, ohne daß wir etwas dazu beitragen müssen, ein neues Reservoir zu. Darum bin ich der Meinung, wir sollten im Augenblick gerade bei den Irrungen und Wirrungen in der FDP nicht noch draufschlagen, sondern sollten den Prozeß in sich ausreifen lassen. Er wird weiterreifen. Wir sollten also hier wirklich etwas „Gewehr bei Fuß“ stehen und abwarten, was sich für eine Entwicklung vollzieht.

Daß das in der Frage der Bundespräsidentenwahl eine sehr harte Belastungsprobe werden könnte, daß es so weit gehen könnte, daß wirklich das Koalitionsverhältnis angesprochen wird, ist nicht zu übersehen.

Wenn ich einen Wunsch äußern darf, so möchte ich heute nicht über die Außenpolitik sprechen; denn ich stehe mit Außenminister Schröder vor einer Reise in

die Vereinigten Staaten, die in diesem Augenblick besonders wichtig ist²⁴, und wir empfangen am 3. und 4. Juli den französischen Staatspräsidenten.²⁵ Das wird sicher keine Neuorientierung, aber eine weitere Abklärung der Standpunkte wird sich daraus ergeben.

Zur Innenpolitik! Wir haben gestern beim Kollegen Blank die Kommission für die Sozialenquete installiert. Wir haben erste Besprechungen gehabt. Aus diesen ersten Besprechungen, die ganz locker und nicht sehr systematisch waren, ist schon hervorgegangen, welch dringende Notwendigkeit besteht, in den Fragen der Sozialpolitik zu einer besseren Zusammenschau zu kommen. Die bisherige „Atomisierung“ war naturgemäß gegeben aus dem Aufbau der deutschen Volkswirtschaft. Es mußte zunächst Stück für Stück gemacht werden, und es konnte nicht alles organisch und voll aufeinander abgestimmt sein. Aber wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo die Dinge überprüft werden müssen.

Ich habe noch eine weitere Bitte! Sie wissen, wie die Lage in Europa im Augenblick aussieht. Ich möchte jetzt nicht über das Politische sprechen. Die Europäische Union ist notwendig, es kommt nur darauf an, in welcher Form und in welchen regionalen Begrenzungen. Aber hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation ist es geradezu schauderhaft, was sich in Europa abspielt.

Italien befindet sich in einer mehr oder minder offenen Inflation. Abgesehen von der privaten Verschuldung der Banken, wird die italienische Notenbank am Ende dieses Jahres über keine Reserven mehr verfügen. Die Inflation schreitet mit Riesenschritten vorwärts. In zwei Jahren sind die Löhne in Italien um 48 % gestiegen, gegenüber einem sehr geringen Zuwachs an wirtschaftlicher Leistung und an Produktivität. Wie das einzufangen ist, weiß ich offengestanden nicht. Ich sehe auch keine andere Regierungskombination, als sie im Augenblick besteht. Alles andere würde sofort mit der Gefahr einer Revolution verbunden sein. Man muß also sehr pfleglich diese Dinge beobachten. Ich bin sogar der Überzeugung, daß wir in Kürze darauf angesprochen werden, dort zu helfen, aber hoffentlich nicht bilateral, sondern in einem größeren Verband.

In Frankreich ist die Lage auch nicht sehr schön. Auch dort nehmen die sozialen Spannungen zu. Ich weiß nicht, ob Sie gelesen haben, daß bei einer Nachwahl in Longwy²⁶ die Sozialisten und Kommunisten in einer Einheitsliste gesiegt haben. Frankreich arbeitet in weitem Umfang mit Preiskontrollen und Verboten und dergleichen mehr. Aber es geht immer nur eine Zeitlang gut, obwohl ich anerkennen muß – ich habe mit dem französischen Finanzminister persönlich gesprochen²⁷, und es wird sicher ein Thema Anfang Juli sein –, daß Frankreich willens und entschlossen

24 Erhard besuchte vom 9. bis 14. Juni 1964 Kanada und die USA – vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 88–91; AAPD 1964 S. 633–659.

25 Vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 94–106; AAPD 1964 S. 713–787.

26 Französische Stadt im Département Meurthe-et-Moselle.

27 Am 29. April 1964 (Terminkalender Erhard) mit Valéry Giscard d'Estaing (vgl. Nr. 13 Anm. 19).

ist, nun wirtschafts-, währungs- und handelspolitisch die Linie zu verfolgen, die in etwa unseren Vorstellungen entspricht.

Aber es sind nicht nur diese beiden Länder, sondern auch in Holland sind die Dinge etwas entartet. Auch in der Schweiz steigen die Preise sehr schnell. In den ganzen skandinavischen Ländern ist ebenfalls eine neue Bewegung in die Preisentwicklung gekommen. Daraus erwächst uns in Deutschland – ich sage das in aller Bescheidenheit – eine ganz besondere Aufgabe. Wenn bei uns eine ähnliche oder gleiche Entwicklung Platz greift, ist dieses Europa nicht mehr zusammenzuhalten. Dann ist nicht nur die wirtschaftliche Integration gefährdet, sondern dann wird auch die Politische Union immer schwieriger, und das Gewicht Europas in der Welt geht verloren. Wir haben dann nicht mehr den Einfluß, und unsere Stimme ist dann nicht mehr so viel wert, wenn wir für Europa sprechen.

Es ist im Augenblick wirklich so, daß wir eine Insel der Stabilität in Europa darstellen. Es ist nicht nur eine politische Verantwortung im Hinblick auf die Wahlen, weil dann die Preise ein erregendes Gesprächsthema sein können, sondern wir haben jetzt auch eine europäische Verpflichtung. Wenn Europa nicht zurückfindet und wenn wir nicht sozusagen der Hort der Stabilität sind, die den anderen einen Maßstab setzt, dann sehe ich für alle unsere wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen schwarz.

Deshalb bitte ich Sie inständig – ich spreche das in erster Linie aus gegenüber der Fraktion, aber ich möchte auch die Herren Ministerpräsidenten ansprechen –, in Ihren Ländern ein äußerstes Maß an Disziplin und an Zurückhaltung zu üben. Das ist das einzige, um darüber hinwegzukommen.

Wir werden im Herbst 1965 nicht danach gewogen werden, wem wir alles noch ein kleines Trinkgeld in die Tasche gesteckt haben, sondern wir werden einzig und allein danach gemessen, ob es dieser deutschen Regierung in einer Umgebung, die außer Rand und Band geraten ist, gelungen sein wird, die innere Stabilität zu halten und – es ist kaum zuviel gesagt – Europa zu retten. Diese Verantwortung muß uns deutlich vor Augen stehen; dann werden wir auch gegen manche Verführungen gefeit sein.

Wir haben einen Haushalt aufgestellt. Es würde zu weit führen, das hier im einzelnen darzulegen. Ich kann nur aus dieser Schau den ganzen Ernst der Situation betonen. Wenn Europa im Weltgeschehen, sei es im Verhältnis zu unseren amerikanischen Freunden, sei es in der Spannung zwischen Ost und West, mitsprechen und sein Gewicht in die Waagschale werfen will, dann müssen wir Europa erst einmal wieder sammeln auf einer guten Grundlage und Ordnung.

Das glaubte ich, Ihnen sagen zu sollen, weil es meine Sorge von frühmorgens bis abends ausmacht. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Freunde! Ich danke zunächst den Herren Scheufelen und Adorno für ihren Bericht über die Wahl in Baden-Württemberg. Ich möchte etwas sehr nachdrücklich unterstreichen, was von den Herren gesagt worden ist. Wir werden für die Bundestagswahl einen Plan überlegen müssen, wie wir das ganze Land politisch

erfassen können. Es ist nicht mehr wie früher, wo wir in die Großstädte gehen mußten.

Ich war z. B. von einem Vorgang geradezu „erschlagen“. In Ravensburg hatte man eine Versammlung ausgerechnet auf den Samstagnachmittag um 14 Uhr angesetzt. Nun gehört doch der Samstagnachmittag der Hausfrau, so daß man bei den Frauen nur mit einem geringen Besuch rechnen konnte. Und was war der Erfolg? Es war eine Versammlung mit mehr als 6.000 Menschen. Eine Versammlung solchen Ausmaßes an einem Samstagnachmittag widersprach meinen sämtlichen überkommenen Begriffen. Jedenfalls war ich auf das höchste erfreut.

Nun müssen wir überlegen, wie wir bei der Bundestagswahl im Jahre 1965 verfahren sollen. Um den Bericht zu vervollständigen, muß ich Ihnen noch eines sagen. Baden-Württemberg ist in einer sehr guten wirtschaftlichen Situation; denn es hat jetzt schon eine größere wirtschaftliche Produktion als Nordrhein-Westfalen, obwohl in Nordrhein-Westfalen viel mehr Menschen wohnen als in Baden-Württemberg. Ich konnte das auch an den vielen Industriebauten sehen, als ich durch das Land fuhr. In Baden-Württemberg ist vornehmlich die mittlere und die kleinere Industrie vertreten. Das ist ein großer Vorzug insbesondere des schwäbischen Landes. Hinzu kommt noch die große Sparsamkeit der Schwaben. Das ist auch ein großer Vorzug. Die Leute am Rhein sind z. B. nicht so sparsam wie die Schwaben. Die Sparsamkeit in Schwaben geht so weit, daß der bekannte Vers „Schaffe, schaffe, Häusle baue“ folgenden Zusatz bekommen hat: „Hündche schlachte, selber belle!“ (*Lebhaftes Heiterkeit.*)

Nun, weiter kann man es nicht treiben, aber es liegt ein wahrer Kern darin. Wir müssen beim Ergebnis der Wahl in Baden-Württemberg auch das Verdienst des Ministerpräsidenten Kiesinger unterstreichen, der ein großes Ansehen im ganzen Land genießt. Die Wahl von Baden-Württemberg war für uns alle ein großer Erfolg, den man am besten daran ermessen kann, wenn wir uns vorstellen, was gesagt worden wäre, wenn wir diese Wahl verloren hätten.

Ich möchte auch ein Wort zur Frage der Regierungsbildung im Jahre 1965 sagen. Wir müssen natürlich unsere letzte Kraft daran setzen, um die Mehrheit zu bekommen. Ob wir dann, wenn wir die Mehrheit haben, eine Regierung mit der FDP bilden oder nicht, wird sich finden. Die FDP ist in einer Koalition, wo wir die große Mehrheit haben, viel trätabler als in einer Koalition, in der wir auf die FDP-Stimmen absolut angewiesen sind. Der stärkste Mann bei der FDP, soweit ich das als Außenstehender beurteilen kann, ist Herr Weyer. Ich glaube, daß die ganze Entwicklung sehr stark von Herrn Weyer, nicht aber von den leitenden Herren in der Bundestagsfraktion, abhängig sein wird. Jedenfalls werden uns die Herren von der FDP noch viele Sorgen machen, bis wir unser gerüttelt Maß von Früchten dieser Koalition dem Wähler im Jahre 1965 vorzeigen können.

Schmidt: Herr Adorno hat darauf hingewiesen, welche wichtige Rolle die Frage der Steuervergünstigungen für die Mehrarbeit gespielt habe. In dieser Frage steckt tatsächlich viel politischer Zündstoff. Sie ist im Augenblick im Bundestag aktuell.

An sich sollte heute das Plenum über einen FDP-Antrag²⁸ entscheiden, wonach diese Steuervergünstigung für Mehrarbeit abgelehnt werden soll. Die FDP hat sich einstimmig, allerdings bei Nichtanwesenheit von Herrn Imle^{28a}, der der Initiator dieses Antrages ist, gegen eine Steuervergünstigung für Mehrarbeit ausgesprochen. Der Arbeitskreis hat sich gestern auch in meiner Abwesenheit einstimmig dagegen ausgesprochen. Da nun in der Presse verlautbart wurde, der Herr Bundeskanzler habe sich im Zusammenhang mit Konjunkturüberlegungen geäußert, er stehe diesem Gedanken positiv gegenüber, hat Herr Imle beantragt, diese Vorlage noch einmal in den Finanzausschuß zu überweisen.

Wir haben uns gestern in der Fraktion dazu entschieden, diesem Antrag zu entsprechen. Dann werden wir ihn zurückbekommen in den Finanzausschuß. Aber wir können diese Frage nicht mehr so leger weiterbehandeln wie bisher. Die Regierung hat sich bisher durch ihre Vertreter im Arbeitsministerium und im Finanzministerium klipp und klar dagegen ausgesprochen, und zwar mit guten Gründen, nämlich zunächst einmal wegen der Steuergerechtigkeit. Wenn der Arbeitnehmer durch die Mehrarbeit in diese Steuervergünstigung käme, wäre die Arbeit des Selbständigen ungerecht besteuert. Der selbständige Handwerker z. B. muß sehr viel mehr arbeiten als der Arbeitnehmer, aber er wird dafür mit dem progressiven Tarif bestraft; er muß mehr versteuern. Das wird auch im Verhältnis zu den freien Berufen eine höchst kritische Frage. Aber es wird auch eine ständige Tendenz in den Gewerkschaftsverhandlungen davon ausgehen, die Arbeitszeit nach unten zu drücken. Das kann auch nicht in unserem Interesse liegen.

Drittens spricht dagegen, daß die gesetzliche und vertragliche Arbeitszeit sehr unterschiedlich ist. So gibt es Arbeitszeiten von 40, 42 oder 45 Stunden in der Woche. Wo soll hier der Maßstab liegen? Wo soll die Steuervergünstigung für die „Mehrarbeit“ anfangen, und wo hört sie auf? Diese Überlegungen sind doch anzustellen. (*Etzel*: Nach dem Gleichheitsgrundsatz!)

Es ist ein höchst kritisches Problem, aber es wird immer demagogisch hochgespielt, auch aus unseren Kreisen, insbesondere aber von der FDP. Wir haben uns bisher von rechtssystematischen Gleichheits- und Verfassungsgrundsätzen leiten lassen. Nach meiner Auffassung ist es ein überzeugender Grund ... (*Erhard*: Heute arbeiten die Leute auch nicht gleichmäßig!)

Herr Bundeskanzler! Wir überweisen die Vorlage heute in den Finanzausschuß. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie durch eine Richtlinie der Politik klarmachen würden,

28 Antrag der Abgeordneten Dr. Imle, Mertes, Dr. Supf, Opitz und Genossen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1963 (Drs. IV/1161).

28a Dr. Wolfgang Imle (geb. 1909), Geschäftsführer der IHK Flensburg, 1954 Mitglied der FDP, 1957 stv. Landesvorsitzender der FDP Schleswig-Holstein, 1960–1965 und 1967–1969 MdB, 1961–1965 stv. Vorsitzender des Finanzausschusses.

wohin wir damit steuern; denn das hat politische Konsequenzen. Es geht nicht so weiter, daß die Vertreter des Arbeitsministeriums und des Finanzministeriums ihre Überzeugung vortragen, aber die Regierung die Initiative nicht aufnimmt. In den Versammlungen draußen bleibt aber die Sache als politischer Zündstoff hängen.

Adenauer: Ehe ich Herrn Heck das Wort gebe, darf ich einmal als Rebell gegen Sie auftreten. (*Schmidt:* Bitte sehr!) Ja, Sie tun es auch gern, ich manchmal auch. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, ist nach meiner Meinung graue Theorie. (*Schmidt:* Darauf kommt es nicht an!) Darauf kommt es sehr an! Sie sagen, daß die Gewerkschaften dann bestrebt sein werden, die Arbeitszeit nach unten zu drücken. (*Etzel:* Das ist klar.) Das tun sie sowieso. Machen Sie sich nichts vor. Aber die öffentliche Meinung ist auch noch eine Kraft. Und wenn die Arbeitnehmer wirklich sagen, wir sind bereit, mehr zu arbeiten, wenn wir dafür keine Steuer zu zahlen brauchen, wirkt das in der öffentlichen Meinung gegen die Arbeitnehmer und gegen die Gewerkschaften. Es wirkt auch bei den Arbeitnehmern gegen die Gewerkschaften.

Nun haben Sie eben von der Steuergleichheit gesprochen. Wo haben wir die denn? Wir haben doch eine ganze Anzahl von Stufen einfach ausfallen lassen, die überhaupt keine Steuer mehr bezahlen. Das verstößt doch auch gegen die Steuergleichheit. Warum sollen die keine Steuer bezahlen? Ich möchte dringend empfehlen, diese Frage sehr ernsthaft zu prüfen. (*Schmidt:* Das ist ja genau das, was ich gesagt habe. Deshalb soll die Regierung hier die Führung übernehmen; denn bis jetzt war das nicht klar!)

Heck: Ich wollte etwas zu den Wahlen von Baden-Württemberg sagen. Vielleicht ist Ihnen auch schon aufgefallen, daß speziell in einem Landesteil, nämlich in Württemberg-Hohenzollern, immer anders gewählt wird als im Bundesgebiet. Württemberg-Hohenzollern hat 1949 so gewählt wie das Bundesgebiet im Jahre 1953. 1953 hat Württemberg-Hohenzollern so gewählt wie das Bundesgebiet 1957. 1957 hat die CDU in sämtlichen Wahlkreisen der Bundesrepublik zugenommen, aber in sämtlichen Wahlkreisen von Württemberg-Hohenzollern hat sie abgenommen. Es geht so weiter bis auf den heutigen Tag. Deshalb empfehle ich, sich das Wahlergebnis von Baden-Württemberg für die Vorbereitung der nächsten Wahl sorgfältig anzusehen. Es ist schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß im großen und ganzen im katholischen Bereich die Entwicklung anders gelaufen ist als im evangelischen Bereich. Aber sie ist im katholischen Bereich nicht einhellig.

Nun habe ich das in meinem Wahlkreis genau untersucht. Ich glaube nicht, daß diese retardierende Tendenz, die sich darin ausgewirkt hat, daß wir verloren und die Sozialdemokraten gewonnen haben, allein zu erklären ist mit der These des 19. Jahrhunderts, daß der Liberalismus auf das Land wandere, sondern ich habe den Eindruck, daß die Bindungen der katholischen Kernwählerschaft der CDU erheblich lockerer geworden sind. Das wirkt sich natürlich in den labileren katholischen Bereichen in einer solchen Weise aus.

Wir sollten sorgfältig prüfen, welches hier die Ursachen sind. Das ist nicht nur der Besuch von Herrn Erler in Rom²⁹, sondern hier müssen wir untersuchen, was hat bei uns in der CDU zu dieser Situation beigetragen. Wenn Wahlen gewonnen werden, pflegt man im allgemeinen keine kritischen Worte zu sagen. Dann ist alles eitel Sonnenschein. Wenn sie aber verloren worden sind, dann haben sie ohnedies immer die Organisatoren verloren, nie die Politiker. Das ist eine alte Sache.

Ich möchte aus meinen Erfahrungen sagen, daß die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Wahl in unserem Land sehr verschieden zu bewerten war. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Organisation vorzüglich klappte in Südbaden, daß sie noch ordentlich klappte in Nordbaden, aber in Nordwürttemberg und in Südwürttemberg gibt es – ich möchte nicht sagen, generell – noch große Flächen, wo die CDU organisatorisch sozusagen auf der Nase liegt. Das sollten wir auch bei diesem Wahlerfolg nicht vergessen. Das gilt nicht nur für die CDU in Baden-Württemberg, sondern wir könnten auch in den anderen Landesteilen, z. B. in Niedersachsen, noch manches nachholen.

Noch ein Letztes möchte ich unterstreichen. Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß die Persönlichkeiten bei der Wahl eine immer größere Rolle spielen. Die politische Entscheidung wird also personifiziert. Das gilt nicht nur für die obersten Repräsentanten, sondern es spielt auch heute schon eine Rolle, wer Kreisvorsitzender oder wer Gemeinderat ist.

Die SPD ist mit systematischer Arbeit dabei, auch auf der Ebene der Kommunen und der Kreise attraktive Leute nach vorn zu schieben, (*Zuruf*: Siehe Frankfurt!³⁰) während wir allzusehr die Gefangenen und Gebundenen von Meinungen einer nicht sonderlich aktiven und nicht sonderlich aufgeschlossenen Mitgliedschaft sind.

Gurk: Wir haben der Parteileitung eine Denkschrift zugeleitet, in der wir unsere Erfahrungen zusammengestellt haben³¹, wonach wir einige Hoffnungen für den Bundeswahlkampf schöpfen. Wir dürfen nicht auf dem letzten Wahlergebnis ausruhen, sondern es bedarf weiterhin einer großen Kraftanstrengung, um den Bundeswahlkampf erfolgreich zu bestehen. Ich würde also bitten, unsere Denkschrift in der Hinsicht zu beachten. (*Dufhues*: Sie ist heute gekommen.) Sicher ist, daß die Person eine große Rolle spielt. Das Plakat – entschuldigen Sie, wenn ich mich einfach ausdrücke – „Erhard und Kiesinger“ war tatsächlich mitbestimmend für die großen Versammlungen. Ich möchte hier das unterstreichen, was Herr Heck gesagt hat. Wir müssen hier von langer Hand her die Vorbereitungen treffen, auch hinsichtlich der Kandidaten. Das alte Prinzip, die Konfession und den Berufsstand usw. hervorzuheben, schlägt nicht

29 Vgl. Nr. 9 Anm. 31.

30 Dr. Willi Brundert (1912–1970), 1930 SPD, 1948 Professor in Halle, Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt, 1958 Leiter der Landesfinanzschule in Rotenburg/Fulda, 1963–1964 Staatssekretär in der hessischen Staatskanzlei, 1964–1970 Oberbürgermeister von Frankfurt/M.

31 Analysen der LTW 1964 in Württemberg-Hohenzollern, Nordbaden und Südbaden in ACDP III-009-035.

mehr durch gegen die Persönlichkeit des Kandidaten. Das möchte ich nachdrücklich unterstreichen.

Ich hätte den Wunsch, wenn es geht – ich werde mich daran beteiligen –, diese ständigen Auslassungen von Prälaten³², die absolut unzutreffend sind, in freundlicher Weise etwas zu korrigieren. Es handelt sich um die ständig durch die Presse gehenden Aussagen über einen Wandel bei der SPD. Auch in diesen Tagen ist wieder etwas gekommen. Diese Aussagen sind im Grunde genommen gar nicht zutreffend. Sie könnten auf ihren Wahrheitsgehalt erst dann richtig geprüft werden, wenn einmal – was wir verhindern wollen – die CDU am Boden läge. Dann erst würde sich zeigen, daß dieser Wandel der SPD nicht richtig ist. Man soll sich also bemühen, diese Aussagen zu korrigieren; denn sie wirken sicher störend, insbesondere beim jüngeren Klerus. Ich will hier keine großen Ausführungen darüber machen, denn es genügt in diesem Kreise, wenn ich auf die Ihnen bekannte Tatsache hinweise.

Gradl: Ich möchte zunächst ein Wort aus meinen Erfahrungen zum Wahlkampf in Baden-Württemberg sagen. Ich habe in vielen Diskussionen dort bestätigt gefunden, daß die Menschen besonders berührt sind, wenn man ihnen klarmacht: Es geht bei der Auseinandersetzung um die Wirtschafts-, Sozial-, Innen- und Außenpolitik darum, die Stabilität zu sichern. Es ist genau das, was Sie, Herr Bundeskanzler, festgestellt haben. Ich meine, daß das einer der entscheidenden Gesichtspunkte ist. Die Leute wissen alle – jetzt gebrauche ich ein modernes Wort –, zumindest unterschwellig, auch wenn sie nach außen unzufrieden erscheinen, daß sie viel erreicht haben. Die Leute sind auch nicht so abgeschlossen von der Umwelt und vom Ausland, daß sie nicht sehen, was draußen los ist an Unfrieden, Streiks und Unruhen. Wenn man ihnen also deutlich macht, daß eine große Gefahr dadurch vorhanden ist, daß man gegenüber allen Wünschen und Ansprüchen zu nachgiebig ist, dann werden sie nachdenklich, und man gewinnt sie. Das wird ein Schwerpunkt für das Wahlprogramm sein müssen.

Die Sozialdemokraten hatten in Sindelfingen eine besondere Veranstaltung für Flüchtlinge und Vertriebene abgehalten. Sie erinnern sich sicher; denn in einer Vorstandssitzung haben wir darüber gesprochen.^{32a} Es war eine Veranstaltung mit einem sehr großen Aufwand. Alle Spitzenredner der SPD waren anwesend. Es war ein sogenannter Flüchtlingskongreß, wobei vor allen Dingen die sozialen Probleme und Sorgen der Flüchtlinge behandelt wurden.

Nun hat man mir gesagt, daß das Ergebnis im Wahlkreis Böblingen für die Sozialdemokraten noch ungünstiger als sonst im Durchschnitt war. Man hat daraus den Schluß gezogen, daß man diese Dinge nicht ernst zu nehmen brauche. Davor möchte

32 U. a. Dr. Karl Forster und Bernhard Hanssler. Seit Ende des Jahres 1963 war es zu verstärkten Kontakten zwischen der katholischen Kirche und der SPD gekommen, die ihren Höhepunkt in der Audienz einer SPD-Delegation bei Papst Paul VI. am 4. März 1964 fanden (vgl. Nr. 9 Anm. 31). „Münchener Merkur“ vom 4. Mai 1964 „Hundhammer: Wendung in der SPD“; GAULY S. 228–233; SPOTTS S. 293–296.

32a Vgl. Nr. 14 Anm. 74.

ich warnen; denn die Wirkung dieser Veranstaltungen macht sich vor allem bemerkbar in den Kreisen und Verbänden. Dort wird es erst jetzt multipliziert, und dann wird uns das Ergebnis im nächsten halben Jahr von den Verbänden präsentiert werden. Deshalb werden wir die Entwicklung, auch über das Denken und die Stimmung in den Flüchtlingskreisen, beobachten müssen.

Was ich jetzt sage, gehört nicht zu meinem engeren Arbeitsfeld, aber ich fühle mich hier engagiert. Auch ich habe in den Versammlungen mehrfach die Frage der steuerlichen Vergünstigung bei Mehrarbeit gestellt bekommen. Das ist an verschiedenen Orten geschehen, so daß ich das Gefühl habe, irgendwer hat systematisch diese Frage von unten her virulent gemacht. Ich will nicht sagen, was ich darauf geantwortet habe, aber ich will meine Meinung sagen. Für mich gibt es eine Grenze in diesen Dingen, die man aus der Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit nicht überschreiten darf. Ich halte es – nehmen Sie es mir nicht übel – für eine Sünde an der Gemeinschaft, wenn man jemanden von seiner Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft freistellt, weil man im Augenblick seine Arbeitsleistung braucht. Es ist mir in den Versammlungen als Begründung gesagt worden: Die jungen Leute sind nicht bereit, hier eine Mehrarbeit zu leisten, weil sie sagen, was wir an höherem Überstundensatz verdienen, nimmt uns die Steuer wieder weg. – Darauf kann ich nur sagen, hier liegt ein wesentlicher Punkt, an dem wir bisher nicht genug getan haben, um den wir uns aber in Zukunft viel mehr kümmern müssen. Was sich hier gezeigt hat, ist ein erschütternder Mangel an Gemeinschaftsgefühl in der heranwachsenden Jugend, sofern die Behauptungen, die da aufgestellt wurden, richtig sind. Man kann hier aus den Gründen, die auch Herr Dr. Schmidt hervorgehoben hat, nicht nachgeben.

Ich habe nun eine Frage, auf die ich selber noch keine Antwort habe, aber ich würde bitten, daß der Generalstab unserer Wahlvorbereitungen diese Frage einmal sehr ernst überlegt. Es spricht etwas dafür, daß man in diesen Wahlkampf mit einer sehr zuversichtlichen und optimistischen Parole hineingeht. Eine solche Parole ist die Forderung „Gebt uns die Mehrheit!“ Das kann man sehr schön begründen aufgrund des Durcheinanders der letzten vier Jahre und aus den Erpressungen, denen wir ausgesetzt waren und sind.

Nun frage ich mich aber auf der anderen Seite, wenn wir das zu lauttönend sagen, ob die Wirkungen nicht entgegengesetzt sein werden; denn ich bin nicht sicher, ob unser Volk bereits wieder so weit ist, daß es sich mit dem Gedanken gern vertraut macht, daß eine Partei die absolute Mehrheit hat, und ich frage mich, ob nicht die schwebenden Schichten bei der Wahl erst recht dazu gebracht werden, jene Partei zu wählen, die gern das Zünglein an der Waage sein möchte.

Jedenfalls ist das ein Problem, das schwierig zu entscheiden ist. Ich habe keine Antwort darauf, neige aber eher zu der letztgenannten Richtung. Deshalb würde ich unsere Freunde, die den Generalstab bilden, doch darum bitten, diese Dinge ernsthaft zu überlegen.

Lücke: Zu dieser Frage darf ich eine Bemerkung machen, die sich etwas von dem distanziert, was Herr Gradl gesagt hat. Gestern waren in Bruchsal die Landräte

und Bürgermeister aller Parteien bei mir. Dort kam vor allem die Sorge wegen der Übersättigung des Baumarktes zum Ausdruck. Ein Bauunternehmer sagte, ein Arbeiter habe ihm auf seine Frage, ob er nicht ein paar Stunden mehr arbeiten wolle, erklärt, das täte er gern, aber damit käme er in eine neue Steuerstufe hinein, so daß es für ihn sinnlos sei, mehr zu arbeiten.

Das ist die Sache, die der Kollege Schmidt angesprochen hat. Wir müssen hier die Progression ändern. Auf dem Baumarkt arbeiten die Leute zum Teil schwarz. Da ist dieses Thema ohnehin gelöst. Es geht jetzt darum, uns mit der Progression zu beschäftigen.

Auch ich habe in Baden-Württemberg und anderswo erlebt, daß die Organisation unserer Wahlkämpfe nur zum Teil funktioniert; anders ausgedrückt, der Einsatz der Redner war nicht rationell. Wir stehen vor fünf Kommunalwahlkämpfen, worüber heute morgen noch kein Wort gesagt worden ist. Die Kommunalwahlen sind im Herbst in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.³³ Diese Kommunalwahlkämpfe werden sehr hart und bitter von den Sozialdemokraten geführt werden.

Aufgrund meiner Erfahrungen möchte ich sagen, es muß eine Stelle geschaffen werden, die den Einsatz der Wahlredner rationeller als bisher organisiert. Was ich auf dem Gebiete in Baden-Württemberg erlebt habe, ist m. E. unerträglich. Dort hat man mir ein Vierstundenprogramm mit irrsinnigen Fahrten serviert. Mittags begann dieses Programm mit einer Konferenz der Landräte und Bürgermeister, und es endete erst spät in der Nacht, dazwischen lag eine Riesenfahrt. Mit einer besseren Organisation bei den Rednern wäre hier vieles zu erreichen.

Ich schlage vor, Herr Dufhues, daß der Einsatz der Bundesminister, der Bundestagsabgeordneten und aller sonstigen Redner bei den fünf Kommunalwahlkämpfen sorgfältig aufeinander abgestimmt wird. Wir müssen auch genau wissen, was wir sagen. Die CDU müßte einige zündende Parolen haben, die in den fünf Ländern miteinander abgestimmt werden. Mir liegt daran, daß bei der Bundespartei eine Stelle geschaffen oder die vorhandene ausgebaut wird, damit der überregionale Einsatz der Redner aufeinander abgestimmt wird.

Jetzt ist es so, daß der einzelne Abgeordnete angesprochen wird oder ein Minister von seinem Kollegen im Bundestag. Dadurch stimmt oft der Rednereinsatz von der Zentrale her nicht überein mit den Absichten auf der Landesebene. Das Ganze ist also weitgehend ein organisatorisches Problem. Bei der großen Fülle von Anforderungen an die Minister und die Abgeordneten muß hier unbedingt eine Koordinierung stattfinden.

Adenauer: Über die Kommunalwahlen hatte ich zum Schluß sprechen wollen. Ich möchte Ihnen aber von vornherein sagen, Herr Lücke, daß ich in vielem anderer Ansicht bin wie Sie. Sie können unmöglich die Kommunalwahlkämpfe zentral führen.

33 Vgl. Nr. 14 Anm. 25.

Was soll denn die arme Bundesgeschäftsstelle schließlich noch machen? (*Lücke*: Den Einsatz der Bundesredner!) Die haben doch alle Hände voll zu tun mit der Vorbereitung für die Bundestagswahl. Das ist ihre Hauptaufgabe. In Nordrhein-Westfalen hat das jetzt der neue Landesvorsitzende, Herr Grundmann, in die Hand genommen. Ich schicke alle Briefe, die ich in Bonn bekomme, an Herrn Grundmann. Der soll sich damit beschäftigen. Ich meine, das kann man schlecht zentral machen, wie ich überhaupt der Auffassung bin, daß man die Kommunalwahlen nur in einem gewissen Umfang zentral führen kann.

Stoltenberg: Wir haben bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes nur noch wenige Monate Zeit. Die Öffentlichkeit erwartet eines von uns, nämlich Geschlossenheit. Die Diskussion über die Einigkeit ist in den letzten Wochen vor allem unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik geführt worden. Es herrscht Einmütigkeit in unserem Kreise darüber, daß man über die Außenpolitik möglichst hinter geschlossenen Türen spricht.

Nun tritt für uns die Problematik stärker in den Vordergrund, wieweit wir die wenigen Termine, die wir noch bis zur Bundestagswahl haben, für die Gesetzgebung so ausnutzen können, daß wir auch im Einklang mit den Ländern handeln. Die Bundestagsfraktion ist z.Z. dabei, in Sitzungen des Vorstandes und der Arbeitskreise sich mit der Bundesregierung abzustimmen, um hier eine gewisse Klärung darüber herbeizuführen, was noch an Gesetzen verabschiedet werden kann. Ich meine, diese Klärung sollte bis zur Sommerpause herbeigeführt werden. Das ist unbedingt notwendig, wenn wir überhaupt noch einige große Gesetze verabschieden wollen.

Es scheint auch notwendig zu sein – das ist eine Aufgabe für die Bundespartei –, daß wir bis zum Herbst auch mit den Vertretern der Länder darüber sprechen, damit nicht einige dieser Gesetze aus den bekannten Schwierigkeiten zwischen Bundestag und Bundesrat zum Scheitern gebracht werden. Ich würde vorschlagen, die Bundespartei möge dafür sorgen, daß rechtzeitig die verantwortlichen Herren der von der CDU regierten Bundesländer in diese Gespräche eingeschaltet werden, damit das Gesetzgebungsprogramm nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von den Ländern in der gebotenen Schnelligkeit im Bundesrat verwirklicht werden kann.

Wir haben wahrscheinlich heute die letzte Vorstandssitzung vor den Sommerferien. Es wäre deshalb interessant, einmal zu hören, wie weit in der zeitlichen Planung die Arbeiten an einem Aktionsprogramm der CDU gediehen sind. Der Herr Bundesvorsitzende hat mit Recht gesagt, daß man die Leistungen der Vergangenheit nicht mehr stark honorieren wird. Wir werden also den Bundestagswahlkampf mit Persönlichkeiten führen müssen. Das hat sich bewährt, und darin liegt unsere Chance. Aber wir wissen auch, daß vor allem die qualifizierte Wählerschaft von uns in einer etwas genaueren Form als bisher eine programmatische Aussage verlangt, insbesondere zu den großen Fragen der Innenpolitik. Ich verweise hierbei auf die bildungspolitische Diskussion.

Wer gestern abend das Gespräch in der „Wessel-Runde“³⁴ gesehen und gehört hat, könnte nicht besonders optimistisch sein hinsichtlich der Unklarheit, die hier noch besteht. Hinsichtlich der Forderungen herrscht eine große Unklarheit zwischen Bund und Ländern. Das gilt aber nicht nur für diesen Sektor, sondern auch für den Bereich, den Herr Minister Lücke zu verantworten hat, nämlich die Raumordnung usw. Das gilt auch für den Verkehr. Alle diese Dinge werden in unserer Wohlstandsgesellschaft stärker als bisher im Wahlkampf zur Sprache kommen.

Ich halte es für notwendig, daß wir etwas ausführlicher und genauer und interessanter, als in den meist sehr kurzfristig erarbeiteten programmatischen Erklärungen früherer Wahljahre zu diesen Dingen Stellung nehmen. Es wird ein großes Maß an technischer und politischer Arbeit notwendig sein. Ich wäre dankbar, wenn ich von Ihnen, Herr Dr. Adenauer, oder von Herrn Dufhues hören könnte, wie diese Arbeit bis zum kommenden Winter oder zum nächsten Frühjahr durchgeführt werden soll. Das ist für die Vorbereitung des Wahlkampfes entscheidend. Dazu gehören natürlich auch die wichtigen Fragen der Organisation, der Werbung usw.

Etzel: Ich möchte noch ein Wort zur Besteuerung der Mehrarbeit sagen. Ich bin der Meinung, daß es sich hierbei um eine doppelte Frage handelt: 1. Soll die Mehrarbeit überhaupt nicht versteuert werden, oder 2. soll Mehrarbeit in eine stärkere Progression kommen?

Was die erste Frage angeht, so stelle ich mich hundertprozentig auf den Boden des Kollegen Dr. Schmidt. Ich bin auch Herrn Kollegen Gradl dankbar, daß er den Gedanken aufgebracht hat: Es ist eine Sünde am Gemeinschaftsgedanken, wenn die Mehrarbeit selbst freigestellt wird. Das widerspricht unserem ganzen Denken und geht auch nicht.

Bei der zweiten Frage wird die Mehrarbeit durch mehr Steuer sicherlich vergrößert. Nun haben wir in der Steuerreform des Jahres 1959³⁵ einen Weg versucht, der – ich bin nicht ganz sicher, was das kostet – relativ einfach ist, indem man nämlich die Besteuerung in sogenannte proportionale Stufen einteilt. Damals gab es eine Stufe von DM 8.000,- bis DM 16.000,-, dann ging man proportional aufwärts. Durch die in der Zwischenzeit eingetretenen Lohnerhöhungen reicht die Stufe von DM 8.000,- bis DM 16.000,- nicht mehr aus; denn ein großer Teil der Arbeiter fällt nicht mehr darunter. Und deshalb müßte man heute für diese Stufe vielleicht DM 12.000,- bis DM 24.000,- vorsehen. Das kostet natürlich eine Menge Geld. Ich würde auch darum

34 Die von Kurt Wessel moderierte politische Fernsehdiskussion „Unter uns gesagt“ wurde seit 1959 14tägig in der ARD ausgestrahlt. – Kurt Wessel (1908–1976), Journalist; 1956 stv. Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, 1961 des „Münchner Merkur“ und 1963–1973 Chefredakteur.

35 Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (BGBl I S. 473). Vgl. Haushaltsreden Franz Etzel 1957 bis 1961. Dokumente – Hintergründe – Erläuterungen. Hg. vom Bundesministerium der Finanzen (Schriftenreihe zur Finanzgeschichte Bd. 3). Bonn 1994 S. 35 f.

bitten, die vom Kollegen Schmidt erbetenen Richtlinien der Politik hier auszusprechen und diesen Fall zu untersuchen.

Scheufelen: Herr Minister Lücke! Sie haben über den Einsatz der Redner gesprochen. Bei uns war vorgesehen, die Redner zentral einzusetzen. Das ist aber daran gescheitert, daß die Redner von sich aus zwar Zusagen gemacht, sie aber dann nicht eingehalten haben. Wir haben erstmalig bei dieser Landtagswahl eine Hilfe von der Bundespartei gehabt. Das nützt aber auch nichts, solange es mit einem wirtschaftlichen Einsatz der Redner nicht klappt. (*Lücke:* Das sollten wir eben nicht weiter fortsetzen, sondern zu einem zentralen Rednereinsatz kommen. Sonst ist es nicht zu schaffen.) Das hängt aber von den einzelnen Leuten selber ab. Die müssen sich nämlich an ihre Zusagen halten. Die Vereinbarungen müssen mit der Bundesgeschäftsstelle getroffen werden. Nur dann geht es.

Adenauer: Herr Lücke! Seien Sie doch so vernünftig und denken Sie auch daran, daß die Herren im Bundestag arbeiten müssen. Dort haben sie im Plenum und in den Ausschüssen bis zur Wahl wirklich alle Hände voll zu tun. Ich halte es für ausgeschlossen, daß Sie jetzt auch noch die Bundestagsabgeordneten in die Kommunalwahlkämpfe über das ganze Land schicken. Die gehen doch vor die Hunde; jedenfalls werden sie beim Bundestagswahlkampf erledigt sein.

Dufhues: Es wäre viel zu dem zu sagen, was bisher an Diskussionsbeiträgen laut geworden ist. Ich darf kurz darauf eingehen; zunächst zum Rednereinsatz! Ich hoffe, daß der zentrale Rednereinsatz erstmalig und konsequent im Bundestagswahlkampf 1965 erreicht wird. Was gesagt worden ist, ist völlig richtig, aber solange die Bundesredner nicht bereit sind, sich einzuordnen den Planungen und Überlegungen, die von der Bundesgeschäftsstelle in Abstimmung mit den Landesverbänden vorbereitet werden, ist es nicht zu erreichen, insbesondere dann nicht, wenn jeder Redner glaubt, persönliche Wünsche zu befriedigen oder dem Wunsch von Fachgruppen Rechnung zu tragen.

Ich bin Ihnen für die vielfältigen Anregungen dankbar. Es würde zu weit führen, Ihnen jetzt einen Vortrag über die strukturellen und aktuellen Probleme zu halten, die die Meinung und das Verhalten der Wähler während der Gegenwart und voraussichtlich in den kommenden Jahren beeinflussen. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, ist richtig. Vieles geht aber einfach an der Wirklichkeit vorbei; denn es muß das Verhalten der Jugend, die das Jahr 1948 nicht erlebt hat und die auch nicht honoriert, was in den letzten Jahren geschehen ist, gesondert gesehen werden. Es muß auch das Verhalten der Frauen, insbesondere der berufstätigen Frauen, bei der Wahl berücksichtigt werden. Es muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Anteil der Frauen bei den Wahlen zunehmend zurückgeht, und zwar zu Lasten der CDU, weil unser Anteil an Frauenstimmen immer größer war als der der Männerstimmen.

Es wird weiter das Verhalten der landwirtschaftlich orientierten Bevölkerung bei der Wahl zu berücksichtigen sein. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat in den letzten zehn Jahren einen Abzug von 1,5 Millionen Menschen gehabt, die in die

Industrie und in das Gewerbe abgewandert sind und nun ganz anderen Einflüssen unterliegen als denen, die bisher für sie bestimmend waren.

Sie gehen in Ihren Diskussionsbeiträgen von der Tatsache aus, daß die CDU in der Bevölkerung immer noch als ein Faktor der Stabilität gilt, vor allem im Blick auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Eine Meinungsumfrage hat ergeben, daß 48 % der Bevölkerung meinen, daß eine Preisstabilität besser bei einer SPD-Regierung gegeben sei, und 38 % meinen, sie sei besser bei der CDU gewahrt.³⁶ Ich erwähne Ihnen dieses als Beispiel, um darzustellen, welche strukturellen und aktuellen Probleme hier eine Rolle spielen.

Ich will noch einen Tatbestand mit aller Deutlichkeit sagen. Die Bevölkerung und unsere Wähler lassen sich nicht dadurch von der Stimmabgabe für die CDU abbringen, daß z. B. außenpolitische Probleme innerhalb der CDU im einzelnen diskutiert werden.

Unsere Wähler glauben uns nicht, daß es hierbei um Sachprobleme geht. Sie glauben uns nicht, daß hier der ernsthafte Wille zur Überprüfung des Standpunktes gegeben ist; denn auch durch die Schlagzeilen der der CDU nahestehenden Presse entsteht der Eindruck, hier werden Sachprobleme und Sachdiskussionen in den Vordergrund gestellt, in Wahrheit geht es aber um personelle Machtkämpfe innerhalb der CDU. (Schröder: So töricht ist der Wähler gar nicht, wie Sie ihn hinstellen!) Ich versuche nur, den Tatbestand darzulegen, wie er wirklich ist. Ich bin der Meinung, daß wir nicht weit auseinander sind, Herr Schröder. Inzwischen haben mehrere Besprechungen mit den Vorsitzenden unserer Vereinigungen stattgefunden.

Ich muß gestehen, daß die Beiträge, die wir von den Frauen, von der Jungen Union, den Sozialausschüssen, der Mittelstandsvereinigung und der Kommunalpolitischen Vereinigung erhalten haben, den Bereich dessen, was wir bearbeitet haben, wesentlich verstärkt haben. Eine Auswertung der beiden ersten Konferenzen wird erarbeitet.³⁷ Wir werden mit den Vorsitzenden in absehbarer Zeit wieder zusammenkommen, um in diesen Bereichen die Klarheit herbeizuführen, die notwendig ist. Es wird dringend notwendig sein, daß dabei die Fraktion und die Bundesregierung sich bald zusammensetzen, um hier zu einer Abstimmung zu kommen, damit wir zu klaren programmatischen Erklärungen kommen.

Ein Teil der Ergebnisse dieser Arbeit wird Gegenstand einiger Kongresse im Herbst dieses Jahres und Frühjahr nächsten Jahres sein. Zuerst wird ein Kommunalpolitischer Kongreß vom 18. bis 20. Juni in Mainz durchgeführt.³⁸ Es folgen

36 Bei EMNID und Allensbach nicht zu verifizieren.

37 Am 21. April und am 6. Mai 1964. Unterlagen in ACDP VII-004-049/5.

38 KPV (Hg.): Die Zukunft gestalten! Bürger und Gemeinde im modernen Staat. Der Kommunal-Kongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 18. und 19. Juni 1964 im Kurfürstlichen Schloß zu Mainz. Ansprachen, Vorträge und Ergebnisse der sechs Arbeitskreise. Recklinghausen 1964.

dann: Familienpolitischer Kongreß in Berlin³⁹, Mittelstandskongreß in Bremen⁴⁰, Verteidigungspolitischer Kongreß in Frankfurt⁴¹, Kulturpolitischer Kongreß in Hamburg⁴², Tagung der Jungen Union in Koblenz⁴³, Kongreß der berufstätigen Frauen in Bochum⁴⁴, Betriebsrätekonferenz in Saarbrücken⁴⁵.

Es wird eine Wirtschaftstagung stattfinden, die sorgfältig vorbereitet wird vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß mit dem Wirtschaftsrat der CDU.⁴⁶ Im nächsten Frühjahr – nach meiner Vorstellung etwa Ende März – findet dann der Bundesparteitag statt. Entscheidend ist dabei, daß in einer überzeugenden Sprache, und zwar beschränkt auf wesentliche Fragen der Politik, unsere Wahlziele für 1965 formuliert werden. Das alles bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung.

Kraske: Eine kurze Bemerkung zu der Äußerung von Herrn Gradl hinsichtlich der absoluten Mehrheit! Es ist in der Tat so, daß die breite Masse nicht immer logisch denkt und argumentiert. Es gibt Umfragen, nach denen auch CDU-Wähler der Meinung sind, es sei besser, daß keine Partei eine absolute Mehrheit hätte. Trotzdem werden wir im Wahlkampf von unserem Ziel, die Mehrheit zu erreichen, sprechen müssen. Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn wir uns in diesem Kreis auf eine Sprachregelung einigen könnten, nämlich nie in der Öffentlichkeit den Begriff der absoluten Mehrheit zu benutzen.

Man sollte sprechen von einer regierungsfähigen, einer überzeugenden, einer ausreichenden oder einer sicheren Mehrheit. Der Begriff „absolut“ erinnert an den Absolutismus und an absolute Gewalt und gibt der FDP große Möglichkeiten zu einer Argumentation in der Öffentlichkeit. Ich wäre also dankbar, wenn sich alle daran hielten, den Begriff „absolute Mehrheit“ nicht in der Öffentlichkeit zu benutzen. (*Dufhues:* Regierungsfähige Mehrheit, klare Mehrheit!)

Adenauer: Ich würde niemals sagen: Ausreichende Mehrheit! Das ist ganz falsch. (*Dufhues:* Gute Mehrheit!) Ich würde auch nicht sagen, gute Mehrheit, sondern sichere Mehrheit. (*Dufhues:* Einverstanden!) Wenn wir uns darauf einigen, dann dürfen Sie aber nicht glauben, daß die Wahl vom Absolutismus kommt. (*Heiterkeit.*)

39 Der für Oktober 1964 geplante Familienpolitische Kongreß in Berlin wurde nicht durchgeführt (Brief Heck an Diebäcker in ACDP VII-004-131/2).

40 Mittelstandstag der CDU/CSU am 1. und 2. Oktober 1964 in Bremen. Berichte in UiD Nr. 41 vom 8. Oktober 1964 und DUD vom 2. Oktober 1964; Material in ACDP-PRESSEDO-KUMENTATION.

41 CDU (Hg.): Frieden und Freiheit. Verteidigungspolitischer Kongreß der CDU vom 9. und 10. Oktober 1964 in Kassel. Bonn 1965.

42 Vgl. Nr. 13 Anm. 79.

43 Junge Union Deutschlands (Hg.): Jugendkongreß der Jungen Union Deutschlands vom 20. bis 22. November 1964 in Koblenz. Referate und Ergebnisse. Bonn 1965.

44 CDU (Hg.): Frau und Arbeitswelt – morgen. Kongreß berufstätiger Frauen der CDU vom 2. bis 4. Dezember 1964 in Bochum. Bonn 1965. Akten in ACDP IV-003-014.

45 1. Bundeskonferenz christlich demokratischer Betriebs- und Personalräte am 15. Mai 1965 in Ludwigshafen. Bericht in Betriebsrätebrief Nr. 6/7 vom Juni/Juli 1965.

46 Vgl. Nr. 14 Anm. 84.

Schmidt: Ich bin überrascht über die Fülle von Fachkongressen, die hier geplant sind. Hier beschleicht mich eine große Sorge, und zwar aufgrund meiner Erfahrungen, die ich mit Fachausschüssen gemacht habe, daß nämlich hier Wünsche hochgespielt werden, die später nicht honoriert werden können. Meine tiefe Sorge besteht darin, daß wir nach allen diesen Kongressen bei der Enge des Haushalts überfordert sind, alle Wünsche und Anregungen zu verwirklichen.

Ich sage nicht, daß die Kongresse nicht stattfinden sollen, aber ich wäre dankbar, wenn dafür gesorgt werden könnte, daß überall ein Haushaltsrückgrat eingeschaltet wird, damit wir uns auch in dem tatsächlich gegebenen Finanzierungsrahmen bewegen können.

Dufhues: Jeder Fachkongreß hat die Neigung, seine Probleme überzubewerten. Es ist Aufgabe der Parteiführung, dafür zu sorgen, daß hier keine Schwierigkeiten entstehen. Aber wir sollten auch bedenken, daß jeder Fachkongreß – im ganzen gesehen – politisch wirksamer ist als jeder Parteikongreß. So hat z. B. unser Gesundheitspolitischer Kongreß in Oberhausen⁴⁷ eine ungewöhnlich große Resonanz gefunden, und zwar bis in das letzte Arztzimmer hinein, aber auch in anderen Kreisen, die an diesem Kongreß interessiert waren. Zu diesen Fachkongressen laden wir nicht nur unsere alten Parteifreunde ein, sondern auch die Vertreter der Organisationen und Berufsverbände, die an den jeweils behandelten Problemen besonders interessiert sind. Es wird dann z. B. heißen: Die CDU ist sogar an den Problemen der berufstätigen Frau interessiert usw. Das ist der Sinn dieser Fachkongresse, die natürlich politisch kontrolliert werden müssen.

Adenauer: Wenn die Probleme der berufstätigen Frau erörtert werden, so ist das nach meiner Meinung kein Fachkongreß, sondern ein allgemein politischer und soziologischer Kongreß. Wir werden also einmal zusammen diese lange Liste durchsehen müssen. Zu viel kann manchmal schädlicher sein als zu wenig. Wir wollen auch hier, Ihrem Antrag entsprechend, das goldene Mittelmaß zu finden versuchen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Punkt Verschiedenes.

VERSCHIEDENES

Ich darf zum 17. Juni einen Vorschlag des Bundesvorstandes vorlesen:

„Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands fordert alle Deutschen im freien Teil unseres Vaterlandes auf, den Tag der Deutschen Einheit am 17. Juni 1964 als einen Tag der nationalen Besinnung zu begehen. Vor elf Jahren überzeugten unsere Landsleute im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands die Weltöffentlichkeit davon, daß ihnen durch Fremdherrschaft die Freiheit vorbehalten wird. Wenn die Deutschen

⁴⁷ Vgl. Nr. 14 Anm. 87.

in der Bundesrepublik an diesem 17. Juni ihr erneutes Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes ablegen, dann tun sie dies zugleich stellvertretend für unsere Landsleute in Mitteldeutschland und in Ost-Berlin. Sie legen dieses Bekenntnis ab auch für die Tausende, die heute noch in den Zuchthäusern der kommunistischen Machthaber auf den Tag ihrer Freiheit warten.

Die Christlich-Demokratische Union bekennt sich zu den Deutschen, die hinter dem Stacheldraht der Zonengrenze und hinter der schändlichen Mauer in Berlin das kommunistische Herrschaftssystem ablehnen und den Tag der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit mit heißem Herzen erwarten.

Die CDU bekräftigt an diesem Tage, daß sie dieses Ziel als vordringlichstes Anliegen ihrer gesamten Politik betrachtet und alles daransetzen wird, die Wiedervereinigung aller Deutschen in Frieden und Freiheit zu erreichen.“

Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind?

Gratl: Ich würde vorschlagen, an der einen Stelle noch einzufügen „mit Würde“. Das können wir redaktionell machen, aber das ist notwendig, damit die Fröhlichkeit etwas gedämpft wird.

Adenauer: Sie meinen, „einen Tag der nationalen Besinnung mit Würde“ zu begehen? (*Gratl:* Ja!) Das ist ein guter Zusatz. Wird weiter das Wort gewünscht? Dann darf ich feststellen, daß Sie dem Vorschlag zustimmen.

BENNENUNG EINES VERTRETERS DER CDU IM FERNSEHRAT DER ANSTALT ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN

Dufhues: Wir haben noch den Punkt 3 der Tagesordnung zu erledigen, nämlich ein Mitglied des Fernsehrates des Zweiten Deutschen Fernsehens zu benennen. Nach dem Staatsvertrag für das Zweite Deutsche Fernsehen hat die CDU fünf Vertreter in den Fernsehrat zu delegieren. Es waren bisher: Dr. Barzel, Dr. Martin, Dr. Stoltenberg, Dr. Strecker, Dr. Kraske.

Dr. Barzel hat gebeten, ihn von dem Amt zu entbinden, da er durch die Aufgabe, die ihm übertragen worden ist, die Fraktion zu leiten, sehr stark in Anspruch genommen wird, so daß er den Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft im Fernsehrat verbunden sind, nicht mehr nachkommen kann.

Das Präsidium hat sich mit dieser Frage befaßt und schlägt Ihnen einstimmig vor, unseren Parteifreund Dr. Kohl, der nach dem Ergebnis der letzten Wahl Mitglied dieses Bundesvorstandes ist, in den Fernsehrat Mainz zu delegieren. Sie wissen, daß Dr. Kohl Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz ist. Er ist also häufig in Mainz und hat deshalb die Möglichkeit, sich sehr intensiv um diese Aufgabe zu kümmern. Ich bitte Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Adenauer: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle fest, daß Sie dem Vorschlag zustimmen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Wenn niemand mehr das Wort wünscht, darf ich die Sitzung mit einem herzlichen Dank an Sie alle schließen.